Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa, Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen

Postscheckkonto: Dresden 1589 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 12. Dienstag, 15. Januar 1924, abends. 77. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt **erscheint jeden Tag** abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom vom 12.—31. Januar 1924 2.20 Mk. einschl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.**
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Zum Ergebnis der sächsischen Gemeinderatswahlen.

Das Ergebnis der vorgestrigen **Gemeindewahlen in Sachsen** stellt sich immer mehr als eine **schwere Niederlage des Sozialismus** heraus. In fast allen sächsischen Gemeinden ist die bisherige sozialistisch-kommunistische Mehrheit in den Stadtparlamenten, wenn nicht beseitigt, so doch stark eingeschränkt. In Dresden hat die VSPD. etwa ein Drittel ihres Bestandes an Stimmen und Mandaten eingebüßt, ein Verlust, der durch die kommunistischen Gewinne bei weitem nicht ausgeglichen wird.

Es darf festgestellt werden, daß in Sachsen im allgemeinen die **KPD. etwas zugenommen, die VSPD. verloren hat.** Auch die **Demokraten büßten** in der Gesamtheit Sachsens ein, doch muß hier ebenso wie bei den Mandatsverlusten der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei berücksichtigt werden, daß zahlreiche Anhänger dieser 3 bürgerlichen Parteien für die Listen der Hausbesitzer, des Handels und Gewerbes und der Beamten gestimmt haben. Zum ersten Male erhielten die **Deutschsozialen** Sitze in den Stadtparlamenten. Diese Partei hat in keiner Stadt einer Listenverbindung mit den Bürgerlichen zugestimmt und auf ihr Konto allein ist es zu buchen, daß die Bürgerlichen trotz numerischer Ueberlegenheit der abgegebenen Stimmen im Stadtparlamente in die Minderheit geraten. Schätzungen über Verluste und Gewinne der politischen Parteien anzustellen, ist müßig, da die verschiedenartigsten Berufslisten in den einzelnen Gemeinden aufgestellt sind, deren Wähler hinsichtlich ihrer politischen Haltung nicht festgestellt sind und da in verschiedenen Gemeinden die Bürgerlichen nur eine Liste hatten. Die Wahlbeteiligung war allenthalben stark und lebhaft.

Die sozialdemokratische Presse zum Ausfall der Gemeindewahlen.

tfd. Dresden. Zu dem **sozialdemokratischen Mißerfolge** bei den Gemeindewahlen bemerkt der Berliner „Vorwärts": Nach den bisher vorliegenden Meldungen haben die **Gemeindewahlen in ganz Sachsen für die sozialdemokratische Partei keine Erfolge,** sondern im großen und ganzen **eine schwere Enttäuschung gebracht.** Es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie die Ursachen dieses Mißerfolges genau zu prüfen hat. Zweifellos hat der Ausnahmezustand mit seinem militärischen Ansturm gerade gegen die sozialdemokratische Regierung nicht wenig dazu beigetragen, die Situation für unsere Partei zu verschlechtern. Es müssen aber auch noch andere Umstände mitspielen. Zweifellos hat der Parteistreit, der in der sächsischen Sozialdemokratie in den letzten Wochen und Monaten immer tiefer ging, die Stimmung der Wähler nicht unwesentlich beeinflußt. Wohl in keiner Gegend Deutschlands ist die Parteioppositon so rege gewesen, als gerade in Sachsen. Gerade in jenen Bezirken, in denen die heftigste Kritik an der Haltung der Gesamtpartei geübt wurde, ist das Resultat der Wahlen für uns unerfreulich. Noch auf dem letzten sächsischen Parteitage am 6. Januar hat die überwiegende Mehrheit sich für die Auflösung des Landtags und für Neuwahlen zum Landesparlament ausgesprochen. Das Ergebnis der Gemeindewahlen wird zweifellos auch dieser Mehrheit zeigen, daß die Auflösung in dieser Zeit für die Partei ein sehr gewagtes Experiment gewesen wäre.

Weder die bürgerlichen Parteien in ihrer Gesamtheit noch die Kommunisten haben einen besonderen Anlaß, wegen des Wahlausfalles zu triumphieren. Nutzten die einen die durch den Ausnahmezustand geschaffenen besonderen Verhältnisse für ihre Propaganda aus, so lebten die Kommunisten hauptsächlich von der außerordentlichen Not, in der sich gerade die Arbeiterschaft des industriellen Sachsens seit langem befindet. Je mehr aber die Kommunisten gezwungen sein werden, in den Gemeinden praktische Politik zu treiben, wird ihre Unfähigkeit dazu auch den Wählern begreiflich werden. Insofern bedeutet der Wahlausfall keinen Abschluß, sondern den Beginn einer neuen Entwicklung. Wenn unsere Parteigenossen in Sachsen in aller Gründlichkeit, aber auch in aller Objektivität die tieferen Ursachen des Mißerfolges zu erforschen suchen, so werden sie zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß es in einem parlamentarisch regierten Lande für eine Partei nichts Schlimmeres geben kann, als ein Schwanken in ihrer gesamtpolitischen Haltung. Genosse Dittmann hat an dieser Stelle mit Besorgnis darauf hingewiesen, daß die Lage auf dem sächsischen Parteitage in Vielem erinnerte an diejenige vor dem Spaltungsparteitage in Halle. Wenn die Partei aus diesen Dingen die richtige Lehre zieht und einen Neubau ihres inneren Gefüges erstrebt, so zweifeln wir nicht, daß die zukünftigen Landtagswahlen und auch die Reichstagswahlen in Sachsen für sie ein wesentlich anderes Gesicht zeigen werden, als es die Gemeindewahlen vom gestrigen Sonntag aufweisen.

Die auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie stehende **„Dresdner Volkszeitung"** bemerkt zu den Ursachen des sozialdemokratischen Mißerfolges u. a.: Die Gründe für die sozialdemokratische Wahlniederlage sind wohl nirgends lokaler, sondern überall allgemeiner Natur. Der Ausfall solcher Entscheidung hängt immer in erster Linie von der allgemeinen Wirtschaftslage ab, und die ist für Abermillionen so furchtbar, daß verzweifelte Mißstimmung über die ruhige Ueberlegung triumphierte. Eine durch die Not verstimmte Volksmasse macht so keine Unterschiede nicht, als daß sie diese für uns komplizierte Situation in solchen Zeiten am Wahltage gebührend würdigte. Dazu kommen die Vorgänge in der sozialdemokratischen sächsischen Landtagsfraktion. Die Art, wie hier die große Koalition gemacht wurde, haben die Gegner vor der Wahl gegen uns weidlich ausgenützt, während die Spaltung der Fraktion in unseren Kreisen viel Mißstimmung, Erbitterung und Arbeitsunlust zeitigte. Das alles erleichterte auch den Kommunisten ihre breitangelegte Wühlarbeit gegen die Sozialdemokratie. Ihr Kampf richtete sich ausschließlich gegen uns, und sie können nach Moskau kabeln, daß sie gegen die VSPD. gewütet haben so weit es ihre Kräfte gestatteten. Die Folgen des Wahlausfalles wird das werktätige Volk sehr bald zu spüren bekommen. Das Blatt meint dann, die 32 Prozent Nichtwähler in Dresden kämen diesmal auf das sozialdemokratische Konto. Viele der verstimmten Arbeitslosen und Kurzarbeiter, viele derer, die den Achtstundentag entgleiten sehen, ohne daß Gewerkschaften und Sozialdemokratie die Macht haben, ihm zum Siege zu verhelfen, viele derer, die durch die Reichspolitik verbittert, durch die Vorgänge in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion verärgert sind, oder teils durch die bürgerliche Dreckagitation, teils duch die kommunistischen Tiraden verwirrt wurden, blieben zu Hause. Wir haben eine Bataille verloren. Richtig. Aber die Größe der Sozialdemokratischen Partei hat sich immer gerade nach der Niederlage gezeigt. Wie wenig der bürgerliche Mischmasch Grund hat zu jubilieren, das sollen die Wahlen der Zukunft beweisen. Auf diese Entscheidungen zu rüsten, begangene Fehler künftig zu vermeiden und auszugleichen, das soll der Schluß, das soll die Lehre sein, die wir aus diesem Wahlgang zu ziehen haben.

Die **demokratischen „Dresdner Neuesten Nachrichten"** überschreiben ihren Artikel über die Wahlen: **„Volksgericht"** und bemerken: Das sächsische Volk hat bei den vorgestrigen Gemeindewahlen ein **vernichtendes Urteil über den politischen Kurs,** der in Sachsen in den letzten Jahren eingeschlagen worden war, gefällt. Es hat der bisher den Anspruch auf die Alleinherrschaft erhebenden sozialdemokratischen Partei gezeigt, daß ihre letzten in die Welt hinausgerufenen Behauptungen vom „sozialistischen", vom „roten" Sachsen **allzu kühne Behauptungen waren, denen keinerlei Tatsachen** entsprachen.

Die feierliche Eröffnungssitzung des Sachverständigenausschusses.

Paris. Der Sachverständigenausschuß zur Prüfung des deutschen Staatshaushalts ist gestern vormittag in feierlicher Sitzung durch den Präsidenten der Reparationskommission in sein Amt eingesetzt worden. Man hatte in den hiesigen Kreisen bis zum letzten Augenblick befürchtet, daß ein völliger Ausgleich zwischen dem französischen und dem amerikanischen Standpunkte betreffend die Tragweite der Sachverständigenarbeiten nicht zu stande kommen würde. Nach dem Text der Rede Barthous an den amerikanischen Delegierten General Dawes zu urteilen, ist eine Annäherung der beiderseitigen Auffassungen jedoch gelungen.

In seiner Ansprache sagte Barthou, nachdem er bemerkte, daß man von dem Komitee keine Wunder, aber doch schnelle Arbeit erwartet, unter anderem: Der Vertrag von Versailles ist unsere Urkunde, er wird auch die ihrige sein und sie werden innerhalb seiner Grenzen gemäß Artikel 31 ihre Arbeiten durchaus unabhängig und im Geiste der Unparteilichkeit unternehmen. Barthou fügte hinzu: Sie sind Herr Ihrer Arbeitsmethode. Der Vertrag gibt Deutschland ein Recht, sich zu Worte zu melden. Sie werden Deutschland in der Form vernehmen, die Ihnen am angemessensten erscheint und wir wünschen aufrichtig im gemeinsamen Interesse, daß seine Regierung und seine Verwaltungsbehörden Ihre schwierigen und komplizierten Aufgaben erleichtern. Man wird getrost versichern, daß der Friede der ganzen Welt davon abhängt. Die mehr als neun Seiten umfassende Antwort des General Dawes wird in Paris günstig beurteilt. Sie hat zumal wegen der ernsten Auffassung der Situation, die sich darin ausdrückt, einen starken Eindruck hinterlassen. Die Stelle, wo der amerikanische Delegierte im Hinblick auf die gegenwärtige Lage in Europa von einer bevorstehenden Katastrophe redet, hat geradezu Sensation hervorgerufen. Der Erfolg des Komitees, fuhr General Dawes fort, hängt insbesondere davon ab, daß in der öffentlichen Meinung und in dem Weltgewissen eine genaue Feststellung von der Größe des Unglücks besteht, die einen Staat und Europa bedrohen wird, wenn man nicht die Vernunft zur alleinigen Herrscherin krönt. Besteht diese Feststellung? Wir wissen es nicht, werden es aber bald erfahren. Der Ausgang unserer Arbeiten und die Erwiderung, die die Reparationskommission darauf erteilen wird, wird vielleicht eine definitive Antwort darauf geben.

Eine der interessantesten Stellen der Ansprache des Generals ist die folgende: Die Anweisungen der Reparationskommission ermöglichen es uns, unsere Arbeiten auf der Grundlage eines status quo in Angriff zu nehmen. Man ist nicht mit der Bitte an uns herangetreten, zur Legalität des Ruhrunternehmens Stellung zu nehmen, oder die politischen Ergebnisse dieser oder jener Handlung anzugeben. Wir brauchen keine Betrachtungen über diese Fragen aufzustellen, die die Politiker angehen, die mit der Situation verknüpft sind, die vor allem durch Geschäftsleute geprüft werden muß, durch Geschäftsleute, die weder von politischem Ehrgeiz noch von persönlichen Erwägungen beeinflußt werden. Aufgabe der Reparationskommission und nicht die unsrige ist es, die politischen Schlußfolgerungen und Berichte zu prüfen. Wenn wir unparteiisch einen Plan zur Stabilisierung der deutschen Währung und zum Ausgleich des deutschen Staatshaushaltes vorzeichnen, den die Reparationskommission zur Ratifizierung für richtig hält, so haben wir doch das eine erreicht; wenn wir der Reparationskommission den Vorschlag gemacht haben, der sie in den Stand setzt, **Deutschland auf den Weg der produktiven Tätigkeit zu bringen** und zur Wiederherstellung der deutschen Produktionsfähigkeit, die man als den Ausgangspunkt des Wohlergehens ganz Europas ansieht, **Schritte zu unternehmen. Die erste Maßnahme,** die wir ergreifen müssen, besteht meiner Ansicht nach darin, ein **System zur Stabilisierung der deutschen Währung auszuarbeiten und Maßnahmen für den Ausgleich des deutschen Staatshaushaltes zu beraten.**

Die Absichten des General Dawes, sich zunächst mit dem deutschen Währungsproblem zu beschäftigen, werden vom „Temps" in seiner gestrigen Abendausgabe uneingeschränkt anerkannt.

Ledebour und die Unabhängigen.

Ueber die Gründe für die **Spaltung der USP.** äußert sich der aus der von ihm selbst gegründeten Partei ausgeschlossene Abgeordnete **Ledebour** in einem „Flugblatt. Er sagt darin, der unter der Führung von Theodor Liebknecht stehende Parteivorstand habe zum französischen Ruhreinfall eine Haltung eingenommen, die mit der Stellung der internationalen Sozialdemokratie und der französischen Sozialisten und Kommunisten gegen die militaristische Politik Poincarés nicht vereinbar sei. Der Parteivorstand habe den Ruhreinbruch für verträglich mit dem Versailler Friedensvertrag erklärt und mit den Maßnahmen eines Gerichtsvollziehers gegen einen säumigen Schuldner verglichen. Diese Haltung sei geradezu eine Verteidigung Poincarés gegen dessen sozialistische und kommunistische Gegner in Frankreich. Die Stellungnahme des Parteivorstandes habe einige Organisationen der Unabhängigen im Rheinland zu einer Begünstigung der Separatisten bestimmt. Ledebour, der eine Einigung zwischen Sozialisten und Kommunisten erstrebt, wendet sich scharf gegen die franzosenfreundliche Politik des Parteivorstandes und erklärt, dies sei der Hauptgrund für den Konflikt innerhalb der USP.

Die englische Untersuchung in der Pfalz.

Der englische Generalkonsul, der vorgestern München verlassen hat, um sich nach Heidelberg zu begeben, hat ausdrücklich die **Begleitung französischer Offiziere und Beamten abgelehnt,** die ihm offiziell von der französischen Gesandtschaft in München angeboten wurde. Der englische Beamte wird zunächst in Heidelberg die Aussagen der ausgewiesenen deutschen Beamten entgegennehmen. Dann wird er sich nach der Pfalz begeben und schließlich das Ergebnis seiner Untersuchung mit dem englischen Vertreter in der Rheinlandkommission Lord Kilmarnok in Koblenz besprechen.

Amtlich wird berichtet: Mr. Clive, der britische Generalkonsul in München, zu dessen Amtsbereich auch die bayerische Pfalz gehört, hat sich dorthin begeben, um für die englische Regierung eine unmittelbare, unbeeinflußte Einsicht in die gegenwärtige politische Situation zu gewinnen. Die englische Vermutung, daß die separatistische Bewegung in der Pfalz nur als das Ergebnis äußeren Einflusses hat aufkommen können, um die normalen politischen Verhältnisse durch Gewalttaten und Einschüchterungen umzuwerfen, hat durch die von den betreffenden Stellen gezeigte eigenartige Abneigung gegen verfassungsmäßige Methoden neue Nahrung gewonnen. Die deutsche Verfassung sieht ausdrücklich Mittel vor, durch deren Anwendung die Bevölkerung der Pfalz wie jedes anderen Teiles des Reiches eine Aenderung ihres politischen Status herbeiführen kann. Ein derartiger Vorgang brauchte nur durch die Stimmen eines Drittels der Wahlberechtigten in Bewegung gesetzt zu werden. Dieser Verzicht auf verfassungsmäßige Mittel verstärkt nur die Auffassung, daß in der Pfalz kein allgemeiner Wunsch nach Autonomie herrscht, und daß die separatistische Bewegung von den interessierten Kreisen gegen den freien Willen der Bevölkerung in Szene gesetzt wird.

Einsetzung einer französischen Kommission in Köln.

Die **französische Regierung hat bei der britischen Behörde den Antrag auf Entsendung einer französischen Kommission** eingereicht, die sich im britisch-besetzten Gebiet über gewisse Verhältnisse orientieren soll. Wie die „Kölnische Zeitung" von zuständiger Seite erfährt, ist dieser Antrag sofort angenommen worden und die französische Kommission trifft in den nächsten Tagen in Köln ein. Es scheint, als ob das Ersuchen der Franzosen und die Entsendung einer Untersuchungskommission darauf zurückzuführen ist, daß die britische Regierung eine Untersuchung der Zustände in der Pfalz verlangte.

Keine Immunität für Hochverräter.

Der rheinische Separatistenführer **Matthes** hat im Namen des rheinisch-westfälischen Unabhängigkeitsbundes an den Reichstag die Anfrage gerichtet, ob auch **separatistische Kandidaten,** die für die nächste Wahl zum Reichstag kandidieren, falls sie als Volksvertreter gewählt sind, die Immunität genießen „also in voller persönlicher und parlamentarischer Freiheit erfüllen können". — Reichstagspräsident **Loebe** hat darauf gestern in einem Schreiben geantwortet, in dem es heißt: „Die absolute Abgeordnetenimmunität nach Artikel 36 bezieht sich nur auf Aeußerungen und Abstimmungen bei Ausübung des Abgeordnetenmandates im Reichstag selbst. Solche können bei Ihnen vorläufig nicht in Frage kommen. Es kann sich nur um Handlungen drehen, die vorher oder außerhalb der Sitzungsperiode des Reichstags geschehen sind. Und da erlaube ich mir, Sie darauf hinzuweisen, daß der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags neuerdings die Praxis übt, bei Hochverratsverbrechen die Genehmigung zur Strafverfolgung zu erteilen. Die hieraus für Sie sich ergebenden Schlüsse können Sie demnach wohl selbst ziehen."

SLUB
Wir führen Wissen.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 15. Januar 1924.

—* **Die amtliche Feststellung des Ergebnisses der am Sonntag stattgefundenen Gemeindeverordnetenwahlen** erfolgte gestern nachmittag 4 Uhr in öffentlicher Sitzung des Wahlausschusses. Nach dem im heutigen Anzeigenteil bekanntgegebenen amtlichen Wahlergebnisse sind wesentliche Abweichungen von der von uns gestern veröffentlichten Zusammenstellung nicht erfolgt. Die Verteilung der Sitze im künftigen Gemeindeverordnetenkollegium erfolgt, wie aus der Bekanntmachung ersichtlich, in der gestern gemeldeten Weise.

—* **Kirchliches von Riesa.** Die Bibelstunde fällt morgen (Mittwoch) aus. Die nächste Bibelstunde findet Mittwoch, den 30. Januar (abends ½8 Uhr) statt.

—* **„Sächsische Landesbühne".** Wir weisen auf das in heutiger Nummer erscheinende Inserat der „Sächsischen Landesbühne" hin, demzufolge heute Dienstag, den 15. Januar, in Mietreihe A „Ingeborg", Komödie in 3 Akten von Kurt Götz, und morgen Mittwoch, den 16. Januar, in Mietreihe B „Zwangseinquartierung", Schwank in 3 Akten von Ernst Bach, gegeben wird. Vorverkauf in Hoffmanns Buchhandlung.

—* **Ballett-Abend.** Wie aus dem heutigen Anzeigenteil ersichtlich, veranstaltet der hiesige Beamtenverein der Linke-Hofmann-Lauchhammer A.-G. am Sonnabend, den 26. Januar, im „Stern" einen Ballett-Abend von Mitgliedern der Dresdner Staatsoper, unter Mitwirkung der Hüttenkapelle. Auf die Veranstaltung, die zweifellos wiederum ein besonderer Kunstgenuß sein wird, sei schon heute auch an dieser Stelle empfehlend hingewiesen.

—* **Verein weidgerechter Jäger.** Am 8. 1. 24 fand im „Deutschen Haus" die Generalversammlung des Vereins weidgerechter Jäger Riesa e. V. statt. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß der Ende 1922 aus kleinen Anfängen ins Leben gerufene Verein auf allen jagdlichen Gebieten erfolgreich gearbeitet hat und jetzt bereits 53 Mitglieder zählt. Bei den monatlichen Zusammenkünften wurden Vorträge jagdwissenschaftlicher Art aus den verschiedensten Gebieten des Weidwerks gehalten. Wiederholt fanden während des Sommers Jagdschießen statt. Es konnten Belohnungen für erfolgreiche Wildererbekämpfung verteilt werden. Die Versammlungen waren durchweg gut besucht. Es wurde wiederholt freudig begrüßt, daß die weidgerechte Jägerschaft von Riesa und Umgegend sich zusammengeschlossen hat. — Am 22. dieses Monats findet in Dresden anläßlich der landwirtschaftlichen Woche ein Jägerabend statt.

—* **Generalmajor von Bawel-Rammingen †.** Am gestrigen Montag ist in Dresden der Generalmajor a. D. v. Bawel-Rammingen gestorben, kurz nach Vollendung des 70. Lebensjahres. Am 3. Dezember 1853 in Großdenkte im Großherzogtum Braunschweig geboren, trat er nach Erziehung im elterlichen Hause am 22. April 1874 als Avantageur bei der 2. reitenden Batterie des 1. Feldartillerie-Regiments Nr. 12 ein, die zu dieser Zeit in Geithain garnisoniert war. Seine gesamte militärische Friedensdienstzeit bewegte sich bei den beiden Feldartillerie-Regimentern, deren Chef der König von Sachsen war. Bei der Beförderung zum Offizier im September 1875 wurde er zur 5. fahrenden Batterie seines Regiments nach Dresden versetzt, wo er die Leutnantszeit verbrachte. Vielen Dresdnern und auch weit über die engeren Grenzen hinaus ist er bekannt als der stattliche, große, schneidige Artillerie-Offizier. 1885 wurde er Oberleutnant, 1890 Hauptmann und Batteriechef der 1. reitenden Batterie in Riesa. Als er 1899 zum Major befördert wurde, erhielt er nur für kurze Zeit das Kommando der 2. Abteilung des 3. Feldartillerie-Regiments Nr. 32, wurde aber schon am 28. März 1901 zu seinem Stammregiment zurückversetzt und mit dem Kommando der reitenden Abteilung in Königsbrück betraut, bei der er 1904 zum Oberstleutnant befördert wurde. Im April 1905 wurde er dann Kommandeur des 3. Feldartillerie-Regiments Nr. 32 in Riesa. Von hier 1906 Oberst, wurde er 1907 mit der Erlaubnis zum Tragen der Regimentsuniform verabschiedet. Bei Ausbruch des Weltkrieges stellte er sich sofort wieder zur Verfügung. Anfangs Inspekteur der Ersatzabteilungen der Feldartillerie 19. Armeekorps in Leipzig, wurde er am 1. April 1915 mit dem überaus wichtigen verantwortungsreichen Posten des Kommandeurs der Munitionskolonnen und Trains 12. Reservekorps beliehen und in dieser Stellung zum charakterisierten Generalmajor ernannt, auch mit dem Komturkreuz 2. Klasse des Verdienstordens mit Schwertern ausgezeichnet. Zuletzt war er vom 20. Januar 1917 bis 30. Oktober 1918 Kommandeur der Etappenkommandanturen 5 und 12. Die Folgen der im Weltkriege erlittenen Anstrengungen zwangen ihn, den Abschied zu nehmen. Diese Folgen haben auch seinem Lebensabend ein rasches Ende bereitet.

—* **Inventur- und Saisonausverkäufe.** Nach der Verordnung der Kreishauptmannschaft Dresden vom 17. Dezember 1912 dürfen Inventurausverkäufe nur einmal, Saisonausverkäufe, die in der Ankündigung als solche bezeichnet werden und im ordentlichen Geschäftsverkehr üblich sind, nicht öfter als zweimal im Jahre stattfinden. Der Inventurausverkauf muß mit einem der Saisonausverkäufe zusammenfallen. Die Saisonausverkäufe sind nur in der Zeit vom 15. Januar bis zum 15. Februar und vom 15. Juli bis mit 15. August statthaft und dürfen zwei Wochen nicht überschreiten. Nach einer weiteren Verordnung der Kreishauptmannschaft Dresden darf der Inventurausverkauf nur in der für die Saisonausverkäufe festgesetzten Zeit stattfinden, auch wenn Saisonausverkäufe überhaupt nicht veranstaltet werden.

—* **Der neue sächsische Justizminister Bünger** sagte in seiner Ansprache an die Beamten des Ministeriums bei der Uebernahme seines Amtes u. a.: Das Vertrauen zur Rechtspflege müsse durch strenges Festhalten an dem selbstverständlichen Grundsatze einer durch Strömungen von rechts oder links nicht im mindesten beeinflußten Rechtsprechung befestigt werden. Parteipolitik habe in der Justizverwaltung überhaupt aus allem, was mit Amt und Dienst zusammenhänge, auszuscheiden. Auf absolut korrektes Verhalten bei allen Amtshandlungen werde mit Nachdruck hingewirkt werden, wo sich dies wider Erwarten als nötig erweisen sollte. Den neuzeitlichen Reformbestrebungen, insbesondere nach der Richtung einer Beschleunigung, Vereinfachung und Verbilligung der Rechtsgewährung, sowie einer möglichst vollkommenen Einstellung der Rechtspflege auf ein gesundes Volksbewußtsein und auf fortentwickelte wirtschaftliche und politische Auffassung, werde Förderung zuteil werden.

—* **Beschlüsse des Landeskulturrates.** In der Sitzung des Ständigen Ausschusses des Landeskulturrates wurde erneut über die Berichtigung des Wehrbeitrages beraten. Die von dem Landesfinanzamt mitgeteilten Sätze liefern den Beweis, daß die sächsische Landwirtschaft im Jahre 1913 außerordentlich hoch eingeschätzt wurde. Es ist mit allen Mitteln dahin zu wirken, die sächsischen Sätze den Sätzen im übrigen Deutschland anzugleichen. Darüber hinaus muß eine allgemeine Herabminderung erwirkt werden, da der Ertragswert des deutschen Grund und Bodens wesentlich niedriger zu beziffern ist, als 1913. Schärfster Einspruch soll weiter gegen die Erhöhung der sächsischen Grund- und Gewerbesteuer erhoben werden. Die Steuerlast, die auf der Landwirtschaft ruht, hat jetzt eine Höhe erreicht, die in kurzer Zeit zu einem Zusammenbruch zahlreicher Betriebe führen muß. Es wird eine Kommission gewählt, die sowohl beim sächsischen als auch beim deutschen Finanzminister vorstellig werden soll. — Auf Antrag des Landwirtschaftlichen Kreisvereins Leipzig wird beschlossen, der Errichtung einer Ermittelungsstelle zur Aufklärung von Brandstiftungen und Diebstählen in der Landwirtschaft im Anschluß an die Einrichtungen der Landwirtschaftskammer Brandenburg näherzutreten. — Ein erneutes Urteil eines Wuchergerichtes gibt dem Landeskulturrat Veranlassung, nochmals bei den zuständigen Stellen vorstellig zu werden und um sofortige Beseitigung dieser unhaltbaren Zustände nachzusuchen.

—* **Lebensmittelpreise in Dresden.** Auch in der vergangenen Woche sind wieder einige Fortschritte in der Preisbildung auf dem Lebensmittelmarkt festzustellen: die Fleisch- und Wurstpreise wiesen verschiedentlich Besserungen auf, die Butter ging täglich im Preise zurück, am Freitag konnte man schon Butter 1,05 Mark das Stück erhalten. Auch der Eierpreis ist wieder im Sinken begriffen. Eier kamen am Freitag auf 28 Pfennig das Stück zu stehen. Schweinefett hatte im Kleinverkauf etwas im Preise angezogen und war von 85 auf 90 Pfennig das Pfund gestiegen.

—* **Verband für Jugendhilfe.** Am Montag nachmittag fand in Dresden die Hauptversammlung des Verbandes für Jugendhilfe in Dresden und seiner Landesgruppe Sachsen statt. Der Vorsitzende, Präsident Dr. Becker, teilte zunächst mit, daß der Arbeitsausschuß am 11. Dezember die Einberufung der Hauptversammlung beschlossen habe, um ihr die Auflösung des Verbandes zu empfehlen, denn es schien keine Möglichkeit gegeben, die unbedingt erforderliche finanzielle Unterstützung des Staates und der Stadt in einer Zeit zu gewinnen, wo die wirtschaftliche Notlage alles dominierend beherrsche. Da kam unerwartet Ende des Jahres die Mitteilung des Ministeriums des Innern, Abteilung 4, daß dem Verband aus überwiesenen Reichsmitteln der Betrag von 4000 Goldmark gewährt werde. Darin lag zugleich eine bedeutsame Anerkennung des Wertes der Verbandstätigkeit. Die Stadt hat sich dann auch auf neuerliches Ansuchen des Verbandes dem sofort angeschlossen. Aber angesichts ihres notwendig gewordenen gesamten Abbaues konnte sie nur einen Jahresbeitrag von 1200 Goldmark auswerfen. Damit wäre bei der jetzigen Bedarfsaufstellung gewiß nicht auszukommen. Führt aber das Anerkenntnis von dem Werte und der Vorbildlichkeit der Arbeit des Verbandes gleichzeitig zur Gewinnung einer planmäßigen Arbeitsgemeinschaft zwischen Jugendamt und Verband, wie es ja auch das Jugendwohlfahrtsgesetz vorsieht, so wäre wohl die Lösung gegeben. Denn der Verband muß unter den jetzigen Verhältnissen, wo die freiwilligen Hilfskräfte der angeschlossenen Vereine angesichts der eigenen Lebensnot fast vollkommen entfallen, die für die Jugendbetreuung und Jugendgerichtshilfe unentbehrlichen Helfer im Außendienst mehr und mehr seinerseits beschaffen und entlohnen. Dieser Aufwand ließe sich erheblich vermindern, wenn neben den dem Verbande verbliebenen eigenen und freiwilligen Helfern städtischerseits ein System aufgenommen werden wollte, das die Mithilfe der städtischen Gemeindewaisenräte, der Wohlfahrts- und Schulpflegerinnen und sonst bereiter städtischer Kräfte für diese Tätigkeit zu gewinnen suchte. Damit müßte sich natürlich auch die Zuwahl des Verbandes zum Jugendfürsorgeausschuß des Jugendamtes verbinden. Der Vorstand des Jugendamtes glaubte demgegenüber, bei der Ueberlastung der in Frage kommenden städtischen Kräfte leider die Möglichkeit ihrer hier angeregten Mitwirkung bezweifeln zu müssen. Andererseits wurde sowohl von behördlichen Seiten wie von den angeschlossenen Vereinen wiederholt und mit besonderer Betonung hervorgehoben, daß die segensreiche fünfzehnjährige Arbeit des Verbandes unter seiner bisherigen Leitung und in bisheriger Weise erhalten bleiben möchte. Man beschloß einstimmig, die angeschlossenen Vereine zu hören, inwieweit sie durch Arbeit oder durch Geld den Verband zu stützen vermöchten. Zu dem Ergebnis der Umfrage soll eine neue Hauptversammlung Entschließung fassen.

—* **Fastnachtsscherze der Brandversicherungskammer.** Dem Telunion-Sachsendienst wird geschrieben: In der jetzigen ernsten Zeit ist es sehr erfreulich, daß hie und da sich doch noch Stellen finden, die sich bemühen, die betrübten Gemüter ihrer Mitmenschen etwas aufzuheitern. Von diesen Erwägungen ist anscheinend auch die Brandversicherungskammer ausgegangen, als sie kürzlich einer sächsischen Industriefirma eine Entschädigung von ein Zweihundertstel Goldpfennig übermittelte und ebenso einer anderen Firma eine Bauunterstützung von M. 158 000 000 = drei Zweihundertstel Goldpfennig auszahlte. Dem Empfänger dieses letzten Betrages war die Sache zu dumm, weshalb er die Annahme verweigerte. Die Post ihrerseits war aus technischen Gründen wiederum nicht in der Lage, einen so geringfügigen Betrag an die Brandversicherungskammer zurückzuzahlen, sondern wertete den Betrag selbständig auf 1 Milliarde auf, sodaß die Brandversicherungskammer hierbei noch ein glänzendes Geschäft gemacht hat. Die Leidtragenden sind natürlich die betroffenen Firmen, und wenn es sich nicht tatsächlich um finanziell immerhin ins Gewicht fallende Schädigungen der Versicherten handelte, so könnte man sich an diesem Faschingsscherz der Brandversicherungskammer weidlich ergötzen. In Wirklichkeit muß man es aber beklagen, daß in diesen Fällen keine zeitgemäße Aufwertung seitens der Brandversicherungskammer möglich ist, denn die Auszahlung derartiger Beträge, die zu dem Zweck, für den sie bestimmt waren, überhaupt in gar keinem kaufmännisch-rechnerischen irgendwie in Betracht kommenden Verhältnis stehen, diskreditiert das Ansehen und die Tätigkeit der Landes-Brandversicherungsanstalt ebenso, wie es keiner noch so glänzenden paragraphenmäßigen Begründung gelingen wird, das Unsinnige einer Maßnahme zu beschönigen, bei der, wie es kürzlich einer angesehenen Leipziger Firma ging, dieser Firma als Baukostenzuschuß ein Betrag ausgehändigt wurde, der am Tage der Auszahlung gerade zu einer Straßenbahnfahrt langte oder als Trinkgeld für irgend einen Laufburschen in Betracht kam, dessen Buchung in den Geschäftsbüchern der Firma aber nicht die damit zusammenhängende Arbeit der Spesen lohnt. In solchen Fällen sollte doch der Beirat der Brandversicherungskammer ein Machtwort sprechen und auf die Auszahlung eines Betrages dringen, der wenigstens einigermaßen der Durchführung der Absicht, die bei Bewilligung des Betrages bestanden hat, entspricht, denn die Beiträge der Kammer sind doch ebenfalls dauernd erhöht worden und werden bei entsprechender Verrechnung in derartigen seltenen Ausnahmefällen eine Sonderzuweisung sicher erlauben.

—* **Sächsische Rentenmarkschatzanweisungen.** Wie wir hören, ist in der von der Presse wiederholt behandelten Angelegenheit der sächsischen Rentenmarkschatzanweisungen bei der letzten Besprechung des Finanzministers Dr. Reinhold mit dem Reichsfinanzminister Dr. Luther eine Verständigung dahin erzielt worden, daß der sächsische Staat unter grundsätzlicher Wahrung seines abweichenden Standpunktes in Bezug auf die Beurteilung des Charakters der sächsischen Rentenmarkschatzanweisungen sich gleichwohl bereit erklärt hat, den Wünschen des Reiches Rechnung zu tragen und die Schatzanweisungen, die bei Zahlungen an staatliche Kassen zurückgelangen, nie wieder auszugeben, im übrigen aber die Schatzanweisungen, die ohnehin nur als vorübergehender Notbehelf gedacht waren, baldigst wieder einzuziehen. Bei dieser Lösung der zwischen dem Reiche und dem sächsischen Staat angetretenen Meinungsverschiedenheiten ist keinerlei Anlaß zu irgend welcher Beunruhigung des Publikums gegeben. Bis zu ihrer Einziehung **können die Schatzanweisungen weiterhin als Zahlungsmittel Verwendung finden,** nachdem sie sich hierzu im Verkehr als geeignet erwiesen haben. Sie werden auch an den Reichskassen in Zahlung genommen.

—hdz. **Wahlreformvorschläge.** Aus den Lagern der verschiedensten Parteien kommt jetzt die Forderung, daß bei den in diesem Jahre bevorstehenden Reichstagsneuwahlen ein Wahlverfahren angewandt werden möge, das die großen Mängel vermeidet, die sich unter dem jetzigen Wahlsystem herausgebildet haben. Als ein Uebel wird es vor allem empfunden, daß die bisher in Deutschland übliche Form des Proportionalwahlsystems mit gebundenen Listen die Auswahl der Volksvertreter in erster Linie in die Hand von Parteiinstanzen legt und die Kandidaten der Notwendigkeit enthebt, persönlich um das Vertrauen der Wähler zu werben. Vielfach ist eine Verkleinerung der Wahlbezirke vorgeschlagen worden, um eine engere Fühlungnahme zwischen Wählern und Kandidaten zu erreichen. Auch der Reichstagspräsident Loebe hat sich kürzlich in einer politischen Konferenz in diesem Sinne ausgesprochen. Jetzt veröffentlicht das Mitglied des Reichswirtschaftsrats Cohen-Reuß in der „Vossischen Zeitung" einen Vorschlag, der darauf hinaus läuft, daß unter Beibehaltung des Proportionalwahlsystems der Reichstagswähler wieder den Kandidaten nach seinem eigenen Willen ermessen kann. Das Reich soll wieder in Wahlkreise eingeteilt werden, die der Zahl zu wählenden Abgeordneten entsprechen. Der Wähler gibt den Stimmzettel für seinen Kandidaten mit beigefügter Parteibezeichnung ab. Nach der Wahl werden die für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen gezählt und jeder Partei wird nach den Grundsätzen des Verhältniswahlsystems die ihr zukommende Zahl der Mandate bewilligt. Die Besetzung der Mandate geschieht aber nach der Zahl der Stimmen, die die einzelnen Kandidaten in jeder Partei erhalten haben. So würden die Wähler die Möglichkeit haben, unter Umständen auch einen Mann in den Reichstag zu schicken, der von der offiziellen Parteileitung nicht als Kandidat aufgestellt worden ist.

—pag. **Ein Jubiläum in der kaufmännischen Berufskrankenversicherung.** Die Deutschnationale Krankenkasse, eine Einrichtung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, konnte am 1. Januar auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Aus kleinen Anfängen heraus hat sich die Kasse, allen Schwierigkeiten zum Trotz, zu ihrer heutigen Größe und Bedeutung entwickelt. Mit 175 000 Stammversicherten ist sie die größte kaufmännische Berufskrankenkasse. — Mit der Deutschnationalen Krankenkasse zusammen konnte Anton Tarnowski sein 25jähriges Jubiläum als Vorsitzender der Kasse feiern.

—* **Frühjahrsprüfung von Landwirtschaftslehrlingen.** Wie im vorigen Jahre werden auch im März dieses Jahres Prüfungen von Landwirtschaftslehrlingen abgehalten werden, die den jungen Leuten Gelegenheit geben sollen, einen Befähigungsnachweis abzulegen. An der Prüfung kann jeder unbescholtene junge Landwirt nach beendeter ordnungsmäßiger Lehrzeit von mindestens zwei Jahren mit Einwilligung des Lehrherrn teilnehmen. Die Anmeldung der Prüflinge ist an den Landeskulturrat in Dresden zu richten.

—* **Deutscher Rechtsbund.** Der Deutsche Rechtsbund hält Donnerstag, den 17. Januar, abends 7 Uhr, im Hauptbahnhof Dresden, Meißner Saal, seine 4. Hauptversammlung ab.

* **Dresden.** In letzter Zeit treten in hiesigen Geschäften erneut 2 unbekannte Betrüger auf, die Waren mit österreichischen 1000- oder 100 Kronennoten bezahlen, deren Kurs sie an der Hand einer Zeitung mit dem Stand der Tschechenkrone angeben. Wiederholt haben sich Geschäftsleute hierdurch täuschen und um größere Beträge schädigen lassen. — In der Nacht zum 11. 1. wurden von Nachschlüsseldieben aus dem Niederlagsraum einer Buttergroßhandlung in der Schäferstraße 96 Pfund Butter in Halbpfundstücken, runde Form mit Rose, gestohlen.

Zittau. Nachdem sich nunmehr die gewaltigen Stürme gelegt haben, die tage- und nächtelang über der Lausitz sich austobten, lassen sich erst jetzt deren Wirkungen ganz übersehen. Eigenartig war das strichweise Auftreten des Sturmes. Während er in Seifhennersdorf derart tobte, daß die Leute in ständiger Furcht, das Dach würde abgehoben, nachts nicht zur Ruhe kommen konnten, ist er im Nachbarorte Warnsdorf kaum bemerkt worden. Die Landstraße zwischen beiden Orten ist alle 20 Schritt durch mächtige Schneewehen für den Fahrverkehr einfach gesperrt worden. Die ungeheuerliche Gewalt des Sturmes sieht man noch deutlicher auf dem Wege von Seifhennersdorf durch die „Seifen" nach Leutersdorf oder gar über den Windmühlberg nach Neugersdorf. Von den nach Westen zu liegenden Abhängen hat der Sturm die über meterhohe Schneeschicht vollständig weggeblasen. Alle diese ungeheuren Schneemassen sind auf der Höhe des Windmühlberges aufgetürmt. Er ist geradezu eine Sehenswürdigkeit und wird von vielen Photographen aufgenommen. Buchstäblich haushohe Wände sind aufgetürmt, andere hängen fast wie angemauert an den Wänden des Steinbruchs herab. Aehnliche Wände zeigen sich auf der Bahnstrecke. Stellenweise fährt die Bahn durch tiefe Schnee-Einschnitte, die bis 3 Meter hoch sind.

* **Bautzen.** Dieser Tage wurde von der hiesigen Polizei ein größeres Waffenlager entdeckt. Die Waffen — Gewehre, Revolver, nebst Munition, vorwiegend Seitengewehre u. a. m. — die den seitherigen kommunistischen Hundertschaften gehören, wurden sichergestellt und es erfolgte im Zusammenhange hiermit die Festnahme mehrerer Personen, die sich wegen verbotswidrigen Waffentragens, bezw. Waffenbesitzes zu verantworten haben werden. Außerdem werden einige der Festgenommenen beschuldigt, zu verbotswidrigen kommunistischen Demonstrationen aufgefordert und den Teilnehmern hierzu Schußwaffen zugestellt zu haben. Im weiteren Verfolg der Angelegenheit wurden auch noch verschiedentlich zur Verteilung bestimmte verbotene Zeitungen und Flugblätter beschlagnahmt.

* **Freiberg.** In Voigtsberg brannte das Flachsbrechhaus der Gemeinde mit allen Flachsvorräten nieder. Die anwesenden Arbeiter und Arbeiterinnen konnten sich nur mit Mühe vor dem rasend schnell um sich greifenden Elemente in Sicherheit bringen. Einige erlitten schwere Verletzungen. Der Brand entstand durch die Unvorsichtigkeit eines Arbeiters, der sich im Arbeitsraum eine Pfeife anzündete. — Um die hiesige erledigte Oberbürgermeisterstelle sind 89 Bewerbungen eingegangen. Aus dieser Anzahl sind bis jetzt vier Anstellungsgesuche von dem Wahlvorschlagsausschuß in engere Wahl gezogen worden.

* **Stollberg.** In Hohndorf brannte in der Nacht zum Sonnabend die Scheune vom früheren Meyer'schen Gute, die erst 1920 nach einem Brande neu errichtet worden war, mit großen Vorräten vollständig nieder.

* **Hohnstein.** Vom Sachsenwerk setzten sich Schneemassen in Bewegung und drückten im Hause eines Zimmermanns die Wandfläche ein, sodaß die Schlafstube mit sämtlichem Möbel vollständig verschüttet wurde. Menschen sind nicht verunglückt.

* **Frankenberg.** Vermutlich durch unvorsichtigen Umgang mit einem Taschenfeuerzeuge erfolgte am Freitag in dem Karbidhäuschen eines in den ehemaligen Kasernenanlagen untergebrachten industriellen Unternehmens eine folgenschwere Explosion. Mit einem weithin vernommenen Knall wurden sämtliche maschinelle Anlagen des Raumes auseinandergetrieben und das Gebäude stark beschädigt. Der in dem Raum arbeitende Werkmeister erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

SLUB
Wir führen Wissen.

Weitere Gemeindewahlergebnisse aus dem Riesaer Bezirk.

Gohrisch. Gewählt wurden:
Wahlvorschlag Tschirpke (links) 198 Stimmen
Wahlvorschlag Günther (rechts) 246 „
Stimmberechtigt waren 574 Personen. Gewählt haben 445 Personen. Ungültig war 1 Stimme.

Weißig. Gewählt wurden:
Nitsch, Max, Gutsbesitzer, Bürgerl.
Renker, Bruno, Gutsbesitzer, „
Käseberg, Alfred, Gutsbesitzer, „
Hornemann, Arthur, Gärtnereibesitzer, „
Klämich, Hermann, Handelsmann, „
Rahn, Hermann, Maschinenarbeiter, Soz.
Rintrack, Oswin, Aufseher, „
Wittig, Max, Eisenbahnarbeiter, „
Cramer, Richard, Maurer, „
Stimmberechtigt waren 812 Personen. Gewählt haben 279 Personen. Ungültig war 1 Stimmzettel.

Kodeln. Gewählt wurden:
Weymann, Max, Gutsbesitzer, Bürgerl.
Steudte, Max, Maschinenfabrikant, „
Kühne, Oskar, Gutspächter, „
Dreikis, Franz, Gasthofsbesitzer, „
Wittig, Richard, Gutsbesitzer, „
Hannk, Oskar, Maurer, Soz.
Reichel, Richard, Maurerpolier, „
Müller, Clemens, Maurer, „
Eilitz, Otto, Schmied, „
Stimmberechtigt waren 180 Personen. Gewählt haben 112 Personen. Ungültig waren 2 Stimmzettel. Stimmen erhielten: Bürgerl. 57, Soz. 53.

Stauchitz. Gewählt wurden:
Müller, Otto, Gärtnereibes., 110 Stimmen
Hänsel, Rich., Handelsmann, „ „
Dorn, Robert, Tischlermeister, „ „
Förster, Max, Baumeister, 52 Stimmen
Wundt, Max, Kaufmann, „ „
Richter, Arthur, Gend.-Hauptwachtmeister, Beamte, 73 Stimmen
Geisler, Ehrb., Buchhalter, „ „
Hoppe, Otto, Handelsm., USPD. 58 „
Gast, Rich., Bez.-Monteur, „ „
Stimmberechtigt waren 414 Personen. Gewählt haben 330 Personen. Ungültig waren 2 Stimmzettel.

Pochra. Gewählt wurden:
Liste I
Käseberg, Franz, Zimmerer, Soz., 98 Stimmen
Moritz, Willi, Schlosser, „ „ „
Krug, Richard, Hausbesitzer, „ „ „
Adam, Ernst, Hausbesitzer, „ „ „
Liste II
Kohl, Friedr., Hausbesitzer, Bürgerl., 86 Stimmen
Liste III
Moritz, Reinh., Landwirt, Bürgerl., 40 Stimmen
Schwarz, Alfr., Landwirt, „ „
Stimmberechtigt waren 192 Personen. Gewählt haben 175 Personen. Ungültig war 1 Stimmzettel.

Glaubitz mit Sageritz und Langenberg. Gewählt wurden:
Müller, Curt, Hausbesitzer, Liste I, 235 Stimmen
Broschwitz, Willi, Sattlermstr., „ „ „
Polak, Curt, Hausbesitzer, „ „ „
Lamm, Paul, Hausbesitzer, „ „ „
Zenker, Wilh., Arbeiter, Liste II, 424 Stimmen
Wünsch, Osk., Zimmermann, „ „ „
Wachtel, Alfred, Arbeiter, „ „ „
Flasche, Paul, Arbeiter, „ „ „
Wendisch, Paul, Arbeiter, „ „ „
Richter, Otto, Arbeiter, „ „ „
Schmorl, Franz, Privatus, Liste III, 228 Stimmen
Bienert, Teddo, Landwirt, „ „ „
Sommer, Otto, Landwirt, „ „ „
Stimmberechtigt waren 1041 Personen. Gewählt haben 892 Personen. Ungültig waren 6 Stimmzettel.

Nieska. Es erhielten:
Liste I Kretzschmar, Rich., Gutsbes., 82 Stimmen
Liste II Holzberg, Osw., Wirtsch.-Bes., 38 „
Liste III Walter, Paul, Maurer, 28 „
Stimmberechtigt waren 184 Personen. Gewählt haben 102 Personen. Ungültig waren 4 Stimmzettel.

* * *

Auerbach i. V. Bürgerliche 4916 (Deutschnationale 4 Sitze, Deutsche Volkspartei 7 Sitze, Demokraten 6 Sitze), Sozialdemokraten 1325 Stimmen (4 Sitze), Kommunisten 1144 Stimmen (4 Sitze).

Meerane. Bürgerliche 14 Sitze, Sozialdemokraten und Kommunisten 17 Sitze.

Vermischtes.

Eine ostpreußische Talsperre gerissen. Infolge des anhaltenden Frostes riß der erst kürzlich errichtete Damm der Wiekauer Talsperre, die im wesentlichen der Wasserversorgung von Königsberg dient, an einer Stelle. Der Durchbruch vergrößerte sich trotz aller Eindämmungsversuche sehr rasch. Der größte Teil des Wasserbestandes der Sperre, etwa 1,2 Millionen Kubikmeter, mußte schleunigst abgelassen werden und überschwemmte die tiefer liegenden Ländereien bis in die Gegend von Seerappen, wo mehrere Wohnhäuser unter Wasser gesetzt wurden. Dann gelang es, den Riß zu verstopfen, so daß wenigstens die unmittelbare Gefahr beseitigt wurde. Die Wasserversorgung von Königsberg erfolgt vorläufig durch die anderen Talsperren. Der beschädigte Damm kann erst im Frühjahr wieder hergestellt werden. Verluste von Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Flammentod im Gefängnis. Bei einem Holzhändler in Linz wurde vergangenen Monat ein Diebstahl verübt, bei dem den Tätern 17 Millionen Kronen in die Hände fielen. Die 15jährige Nichte des Bestohlenen, Marie Lang, sagte aus, ein Arbeiter aus Linz habe sie in der Wohnstube überfallen, zu Boden geschlagen und dann das Geld geraubt. Die Untersuchungen der Kriminalpolizei aber führten zur Verhaftung des Mädchens, das in die Gendarmeriestation in Engelhartszell eingeliefert wurde. In dem Arrestlokal wollte die Fünfzehnjährige ihren Rock, in dem ein Teil des Geldes eingenäht war, im Ofen verbrennen. Dabei geriet ihr Körper in Flammen, und als ein Schließer herbeistürzte, lag das Mädchen bereits in den letzten Zügen. Trotzdem es bis zum Schluß seine Unschuld versicherte, fand man das Geld in einem Versteck im Hause der Großeltern.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 15. Januar 1924.

Der Düsseldorfer Schupo-Prozeß vor dem Berufungsgericht.

* **Düsseldorf.** Ueber die von den Verurteilten im Düsseldorfer Prozeß eingelegte Berufung soll am 17. Jan. vor dem Berufungsgerichtshof in Mainz verhandelt werden.

Lösung nur gemäß der Weimarer Verfassung.

Heidelberg. Der englische Generalkonsul Clive gewährte dem Vertreter des „Berliner Tageblattes" eine Unterredung, in deren Verlauf er betonte: England stehe auf dem Standpunkte, daß das separatistische Problem in der Pfalz eine innenpolitische Angelegenheit Deutschlands sei und nur auf legalem Wege auf Grund der Weimarer Verfassung gelöst werden kann. England ist bereit, den wahren Willen der pfälzischen Bevölkerung zu respektieren, soweit er sich auf verfassungsmäßigem Wege auswirkt. Es liegt uns durchaus fern, Frankreich zu diskreditieren, aber Großbritannien kann dem illegalen Separatismus nicht das Recht zuerkennen, sich als rechtmäßige Regierungsgewalt aufzuspielen und tatsächliche Veränderungen vorzunehmen.

Italienisch-albanischer Zwischenfall.

)(**Rom.** Die Blätter bringen die Meldung von einem Zwischenfall in Valona. Der erste Offizier des dort angelangten italienischen Dampfers Serajewo wurde beim Betreten der Landungsbrücke von albanischen Offizieren und Gendarmen schwer mißhandelt. Der italienische Gesandte verlangte sofort Genugtuung. Zunächst wurde das weitere Anlegen von italienischen Dampfern in Valona eingestellt.

General Nollet prüft die deutsche Note.

)(**Paris.** Nach dem „Petit Parisien" unterliegt die deutsche Note betr. die Militärkontrolle zur Zeit der Prüfung des Generals Nollet, der sie mit Bemerkungen der Botschafterkonferenz übermitteln wird.

Poincaré zum Schutze des Franken.

)(**Paris.** Poincaré wird im heutigen Ministerrat Maßnahmen zum Schutze des Franken vorschlagen. An der gestrigen Pariser Nachbörse stieg das Pfund auf 98 Fr. und der Dollar auf 23,27 Fr.

Turnen, Sport und Spiel.

Das Geheimnis des Wintersports. Die Wintersportplätze sind bei diesem prächtigen Wetter überfüllt, und überall entfaltet sich ein fröhliches Treiben ausgelassener Menschen, die auf Schneeschuhen und Schlittschuhen, mit Schlitten sich tummeln und ihren nicht enden wollenden Spaß haben. Was ist es nun, was auf alle die vielen Verehrer des Wintersports einen solchen erstaunlichen Zauber ausübt? Ein englischer Psychologe J. M. Jeffrns versucht dafür die richtige Erklärung zu finden: „Die Bewegung in freier Luft, die Schönheit der Umgebung im Hochgebirge, die farbigen Kostüme — all das trägt zu dem Vergnügen bei. Aber das eigentliche Geheimnis des Wintersports ist ein ganz anderes und liegt sehr viel tiefer. Alle die Leute, die sich in ihrer Heimat in Schnee und Eis vergnügen oder die St. Moritz sowie die anderen Sportplätze des Hochgebirges bevölkern, sie werfen in der freien Natur allen Ernst und alle Last ihres alltäglichen Lebens ab, sie werden wieder zu Kindern. Das ist das große Geheimnis des Sports. Man wird wieder jung, ganz jung. St. Moritz ist nichts als eine einzige große Kinderstube, und diese großen Kinder sind nicht minder harmlos, zufrieden und vergnügt wie die richtigen Kinder. Was tut man, wenn man morgens aufsteht? Man wählt nicht eine der Vergnügungen, die sonst an eleganten Plätzen üblich sind, sondern man spielt, man nimmt sein Spielzeug, die Schneeschuhe oder den Schlitten und spielt im wahrsten Sinne des Wortes. Alle die längst entschlafenen und längst vergessenen Instinkte des Spieltriebes aus dem Jugendparadies werden wieder wach. Man will schneller sein als der andere; man führt lustige Schlachten auf; man ruft sich kindliche Worte zu. Wie man zu seinem Jungen zu Hause sagt: „Wenn du dich im Zimmer langweilst, dann geh ins Freie spielen!" so tut man es jetzt selbst. Wahrhaftig! Wenn man die großen Sportsleute in St. Moritz zusammen mit den Kindern sieht, dann unterscheiden sie sich garnicht von ihnen, sondern benehmen sich ganz so wie die Kleinen. Darum werdet wieder Kinder im Wintersport! Das gibt euch Jugend, Kraft und Frische!"

Kunst und Wissenschaft.

Die Eisenbahn durch die Sahara. Der französische Oberingenieur Gilles Cardin ist von einer Studienreise zurückgekehrt, in der er die örtlichen Bedingungen für die Errichtung der Transsaharischen Eisenbahn studiert hat. Wie er mitteilt, wird der Schienenweg bei Wagadugu beginnen, einem wichtigen wirtschaftlichen und strategischen Mittelpunkt von Französisch-Westafrika, und bei Oran endigen. Von Wagadugu geht die Linie bis Tasaye, wo sie den Niger kreuzt, dann über Taurit, Adrar, Beni-Abbes und Colomb Bechar bis nach Ras-el-Ma. Der Bau wird in mehreren Abteilungen erfolgen, von denen die erste von Ras-el-Ma bis Colomb Bechar und die zweite von dort nach Beni Abbes führt. Die ganze Strecke wird etwa 3000 Kilometer lang sein und ihr Bau 1400 Millionen Franks verschlingen.

Volkswirtschaftliches.

Erhöhung des Einfuhrzolls in das besetzte Gebiet. Eine wesentliche Erhöhung des Zolls vom unbesetzten Gebiet zum besetzten Gebiet wurde von der Rheinlandskommission vorgenommen. Der Zoll betrug bisher 25 Prozent des interalliierten Zolltarifs, d. h. eines Zolltarifs, der in vielen Positionen dem deutschen Zolltarif entspricht, in manchem aber eine Verdoppelung der deutschen Sätze enthält. Eine Verordnung der Rheinlandskommission erhöht nunmehr, wie die „Deutsche Konfektion" mitteilt, den Satz von 25 Prozent auf 100 Prozent, sodaß also der volle deutsche Einfuhrzoll und für manche Artikel der doppelte deutsche Einfuhrzoll zu tragen ist. Diese Belastung ist ganz ungeheuer und bietet einen deutlichen Beweis, daß man gerade den Verkehr vom unbesetzten Deutschland zum besetzten immer mehr zu erschweren sucht. — Im Gegensatz hierzu bringt die endgültige Regelung der Ausfuhrzölle von Waren nach dem unbesetzten Gebiet und nach dem Auslande eine wesentliche Ermäßigung der bisher fünf Prozent betragenden Gebühren. Dieselben bewegen sich nunmehr für die verschiedenen Textilartikel in Sätzen von 0,5 bis 2 Prozent.

Englisches Kapital für deutsche Banken? Zu der Meldung der „Financial News", daß eine bekannte englische Bank beabsichtige, an einer bedeutenden deutschen Bank Interesse zu nehmen, und daß, falls diese Transaktion zustande käme, auch andere englische Banken sich in ähnlicher Weise an deutschen Banken beteiligen würden, hört die D. A. Z. aus gut unterrichteten Kreisen, daß in der Tat derartige Besprechungen zwischen deutschen und englischen Banken seit geraumer Zeit geführt werden. Irgendein Ergebnis sei aber noch nicht erzielt worden.

Vorbörse am Montag. Bei den Banken überwiegen die Kauforders um ein Geringes, es ist aber unwahrscheinlich, daß ein grundlegender Umschwung in der matten Tendenz der Vortage eintritt, da die Geldknappheit größeren Käufen weiterhin im Wege steht. Die noch immer ungeklärte außenpolitische Lage trägt das ihre dazu bei, um zur Zurückhaltung zu mahnen. Aus Newyork lautet der letzte Markkurs etwas gebessert, aus London wurde das Pfund mit 17½ gegen 19 am Vortag gemeldet, dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß das englische Pfund im internationalen Verkehr gestern überhaupt schwächer lag, im großen und ganzen kann man die Lage des Devisenmarktes also als unverändert ansehen.

Die nächste Technische Messe Hannover findet vom 20. April (Ostersonntag) bis 24. April statt. Das ist das Ergebnis der durch den Wirtschaftsbund Hannover eingeleiteten und glücklich zu Ende geführten Einigungsverhandlungen zwischen der Technischen Messe G. m. b. H. und der Ausstellungs- und Messe-Akt.-Ges., die ursprünglich jede für sich eine Technische Messe planten und auch die Bekanntmachungen und Ausschreibungen gesondert erlassen hatten. Die erreichte Einigung wird aber nicht nur dieser einzelnen Veranstaltung zugute kommen, sondern darüber hinaus den Bestrebungen, die Stadt Hannover unter die anerkannten großen Messeplätze einzureihen, förderlich sein, zumal heute Aussicht besteht, daß die beiden genannten, bisher nebeneinander arbeitenden Gesellschaften zu einer völligen Verschmelzung gelangen.

* * *

Marktberichte.

Auf dem Großenhainer Wochenmarkte stellten sich am Sonnabend die Preise pro Pfund wie folgt: Aepfel 0,15—0,60 Mk.; Butter, Stück 0,80 Mk.; Karotten 0,15 Mk.; Grünkohl 0,20 Mk.; Rosenkohl 0,60—0,80 Mk.; Kohlrabi 0,10 Mk.; Rotkraut 0,30 Mk.; Weißkraut, hiesiges, 0,20 Mk.; Welschkraut 0,25 Mk.; Meerrettich 0,80 Mk.; Möhren 0,10 Mk.; Sellerie 0,25 Mk.; Kohlrüben 0,05 Mk.; Zwiebeln 0,25 Mk.

Landwirtschaftliche Warenbörse zu Großenhain. Es wurden notiert (nichtamtlich) am Sonnabend, den 12. Januar 1924: Weizen 8,10—8,25; Roggen 7,10—7,25; Hafer 5,80—6,20; Sommergerste 8,20—8,50; Mais 18,00; Maisschrot —; Kleie 4,50 bis 4,80; R.- u. W.-Stroh 0,80—1,00; Haferstroh 0,80—1,00; Heu 2,50; Kartoffeln 3,00; Weizenmehl 70% 15,00; Roggenmehl 70% 14,00. Die Preise verstehen sich in Goldmark für den Zentner in Mengen unter 5000 Kilogramm.

Dresdner Schlachtviehmarkt vom 14. Januar. Auftrieb: 1. Rinder: 42 Ochsen, 166 Bullen, 197 Kalben und Kühe, 2. 406 Kälber; 3. 268 Schafe, 4. 1165 Schweine, zusammen 2238 Tiere, davon 12 Rinder und 267 Schweine ausländischer Herkunft, Auftrieb zur sofortigen Schlachtung, also nicht auf den Markt gestellt: 2 Rinder, 170 Schweine. (davon 115 Holländer), 8 Kälber. **Preise** in Goldmark für 50 Kilogramm Lebend- und (im Durchschnitt) Schlachtgewicht: **Ochsen:** 1. vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren 38 bis 40 (71), 2. junge fleischige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete 32 bis 36 (65), 3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere 26 bis 30 (60). **Bullen:** 1. vollfleischige ausgewachsene höchsten Schlachtwertes 40 bis 42 (71), 2. vollfleischige jüngere 34 bis 38 (66), 3. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 28 bis 32 (58), 4. gering genährte 22 bis 26 (54). **Kalben und Kühe:** 1. vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwertes 42 bis 44 (78), 2. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 36 bis 40 (73), 3. ältere ausgemästete Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben 28 bis 32 (67), 4. gut genährte Kühe und mäßig genährte Kalben 20 bis 26 (58), 5. mäßig und gering genährte Kühe und gering genährte Kalben 12 bis 18 (45). **Kälber:** 1. Doppellender —, 2. beste Mast- und Saugkälber 55 bis 60 (93), 3. mittlere Mast- und gute Saugkälber 44 bis 50 (79), 4. geringe Kälber 34 bis 40 (67). **Schafe:** 1. Mastlämmer und jüngere Masthammel 48 bis 50 (98), 2. ältere Masthammel 44 bis 46 (98), 3. mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 30 bis 40 (92). **Schweine:** 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1¼ Jahr 58 bis 60 (75), 2. Fettschweine 58 bis 60 (75), 3. fleischige 52 bis 56 (72), 4. gering entwickelte 40 bis 50 (64), 5. Sauen und Eber 34 bis 50 (56), 6. Holländer 64 bis 70 (81). Ausnahmepreise über Notiz. Die Preise sind Marktpreise für nüchternes Gewicht der Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall, Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Stallpreise. Ueberstand: 14 Ochsen, 28 Bullen, 20 Kühe, 31 Schafe, 14 Kälber, 168 Schweine. Tendenz des Marktes: Geschäftsgang in allen Tiergattungen schlecht. — **Landwirte** haben nach den Richtlinien der Landespreisprüfungsstelle für Rinder 20, für Kälber und Schafe je 18 und für Schweine 16%, weniger zu fordern als die dem Kaufabschluß vorhergehende Notiz beträgt.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin am 14. Januar. Getreide und Oelsaaten pro 1000 kg, sonst pro 100 kg. (In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.) **Weizen** märkischer 161—164. **Roggen,** märkischer 145—150, pommerscher 144—145, westpreußischer 143—145. **Gerste,** Sommergerste 166—171. **Hafer,** märkischer 115—120, pommerscher 110 bis 115, westpreußischer 109—113. **Mais** loco Berlin Waggon frei Hamburg 173—174. **Weizenmehl** pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack (feinste Marken über Notiz) 25—28. **Roggenmehl** pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack 23—26. **Weizenkleie** frei Berlin 8,00—8,20. **Roggenkleie** frei Berlin 7,60—7,75. **Raps** 280. **Leinsaat** 450—460. **Viktoria-Erbsen** 38—40, **kleine Speise-Erbsen** 20—24. **Futtererbsen** 16—17. **Peluschken** 14—15. **Ackerbohnen** 12—14. **Wicken** 15—16. **Lupinen,** blaue 14—16, gelbe 15—17. **Serradella** 16—18. **Rapskuchen** 11,50—11,75. **Leinkuchen** 25—26. **Trockenschnitzel** 8,50—8,60. **Vollwertige Zuckerschnitzel** 16—18. **Torfmelasse** 30/70 7,75—8,00. **Kartoffelflocken** 14,00.

Heutiger Dollarkurs (amtl.): 4210500000000
(unverändert)
Fernsprechmeldung, ohne Gewähr.

Wirtschaftszahlen für den 15. Januar 1924.

Ohne Gewähr.

1 Goldmark (Berliner Börsenkurs)	1 002 500 000 000 Papiermark
1 Goldpfennig	10 025 000 000 Papiermark
Goldankaufspreis	640 Doll. p. kg
1 Zwanzigmarkstück	19 267 500 000 000 Mark
Silberankaufspreis (1-Mark-Stück)	400 000 000 000
Goldumrechnungssatz für Reichssteuern und Eisenbahntarif	1 Billion
Reichsrichtzahl	1 118 000 000 000 (Rückgang 1,5%)
Sächsische Gesamtrichtzahl (mit Bekleidung)	1 176 000 000 000 (Steigerung 0,4%)
„ „ (ohne „)	1 185 000 000 000 (Steigerung 1,3%)
Großhandelsrichtzahl	1 197 000 000 000 (Rückgang 2,3%)
Gegenwert des Goldfranken bei Auslandspostsendungen usw.	1 Billion
Fernsprechgebühr:	
Es kostet ein Gespräch im Ortsverkehr	0,15 Goldmark
im Fernverkehr bis 100 km	0,30—1,85 Goldmark
(umgerechnet nach dem Goldumrechnungssatz für Reichssteuern)	
Telegraphengebühr: Wortgebühr im Fernverkehr	0,15 Goldmark
Wortgebühr im Ortsverkehr	0,075 Goldmark
(umgerechnet nach dem Goldumrechnungssatz für Reichssteuern)	
Posttarif: Ortsbrief	0,05 Goldmark
Ortspostkarte	0,03 Goldmark
Fernbrief	0,10 Goldmark
Fernpostkarte	0,05 Goldmark
Auslandsbrief	0,30 Goldmark
nach Ungarn und Tschecho-Slowakei	0,25 Goldmark
Auslandspostkarte	0,20 Goldmark
nach Ungarn und Tschecho-Slowakei	0,15 Goldmark
(umgerechnet nach dem Goldumrechnungssatz für Reichssteuern)	

In jedem Hause

muß das Riesaer Tageblatt regelmäßig gelesen werden.

Bestellungen zum Bezuge durch die Post oder durch Zeitungsboten nimmt täglich zur Vermittlung die Tageblatt-Geschäftsstelle, Riesa, Goethestraße 59, entgegen.

Die jüngste Hauptstadt der Welt.

Der Kampf der Meinungen, ob Angora oder Konstantinopel die Hauptstadt der neuen Türkei werden soll, tobt noch immer. Vorläufig aber ist Angora als Sitz des Parlamentes die Residenzstadt des türkischen Staates, und Mustapha Kemal, der neue Präsident und einflußreichste Mann, tritt wegen seiner strategisch günstigen Lage für Angora ein. Außerdem sind es nur noch zahlreiche „Schieber", die dabei ihre Geschäfte machen wollen. Sonst ist man selbst unter den Türken von der neuen Hauptstadt nicht begeistert, denn sie ist nichts anderes als ein jämmerliches kleines Provinznest. Die Erzählung eines Berichterstatters der „Times", der sich jetzt Angora genau angesehen hat, beginnt bereits mit den großen Schwierigkeiten, überhaupt nach diesem neuen Weltmittelpunkt zu gelangen. Die Straßen, die dahin führen, sind so jämmerlich, daß man nur ganz langsam und mit großen Gefahren reisen kann. Die Eisenbahnen sind in trostlosem Zustand, und brauchen mindestens 25 Stunden, um die Entfernung von etwas mehr als 500 Kilometern zwischen Konstantinopel und Angora zurückzulegen. Außerdem machen Räuberbanden die Umgegend unsicher, und durch sie, sowie durch den Mangel an Transportmitteln lassen sich die Bauern vorläufig noch abhalten, ihre Felder gehörig zu bestellen. Große Strecken fruchtbaren Landes sind in Thrazien und Anatolien unbebaut, weil der Bauer für seine Ernte nur die Wahl hat, sie sich von Räubern fortnehmen zu lassen oder ihrem Verfaulen zuzusehen, da er sie nicht abtransportieren kann. Da die Herbeischaffung von Baustoffen äußerst schwierig ist, so ist das Häuserbauen in Angora natürlich sehr teuer. Demzufolge herrscht Wohnungsnot, und die Hausbesitzer fordern die unverschämtesten Mieten. Und die neue Hauptstadt selbst? „Angora als Hauptstadt ist ein schlechter Witz," schreibt der Besucher. „Selbst die begeistertsten Türken müssen zugeben, daß es kein Vergnügen ist, in einer Residenz zu leben, wo ein halbes Dutzend flackernder elektrischer Lampen die einzige öffentliche Beleuchtung ist, wo es keine Wasserleitung gibt, wo man Esel und Pferde vor dem kleinen Hause weiden sehen kann, das als auswärtiges Amt dient, wo die Straßen vor Schlamm und Schmutz fast ungangbar sind, wo man Gummischuhe nötiger hat und mehr gebraucht als Rasiermesser, wo das Abgeordnetenhaus nicht größer ist als die Turnhalle einer Volksschule, wo mit einem Wort auch der geringste Komfort und die bescheidensten Einrichtungen der Kultur fehlen. Jedenfalls reist man von Angora mit der festen Ueberzeugung ab, daß die Stunde der Abreise die angenehmste ist, die man in dieser neuen „Welthauptstadt" haben kann."

Breslau als Zentrale des ostdeutschen Pelzwarenhandels.

Aus Breslau wird uns geschrieben: Schon in der Zeit Friedrich des Großen war Schlesiens Hauptstadt durch ihren Pelzwarenhandel wohlbekannt. Zugleich blühte schon von noch früherer Zeit her die Zunft der Gerber, deren es in Breslau eine ungewöhnlich große Zahl gab. Vom Breslauer Markte bezog die preußische Heeresverwaltung längere Zeit die Pelze, die zur Adjustierung der Husaren gehörten. Im 19. Jahrhundert kamen alle Jahre im Mai und Juni bedeutende Mengen Siebenbürger Lammfelle nach Breslau, wo schon viele Kürschner aus den östlichen deutschen Landesteilen sie erwarteten, um sie in großen Posten durch Vermittlung des Breslauer Großhandels aufzukaufen und daheim zu verarbeiten. Umgekehrt kamen große Mengen amerikanischer Lammfelle nach Breslau, die hier im großen Magazine gelagert und dann nach Warschau, Polen und Rußland weiter verkauft wurden. Für Pelzhändler und Kürschner aus dem ganzen europäischen Osten wurde Breslau neben Leipzig der wichtigste Platz. Es blieb nicht bloß bei den Lammfellen, sondern allmählich umfaßte das Breslauer Pelzgeschäft sämtliche für die Kürschnerei in Betracht kommende Felle, nicht am letzten das Pelzwerk des in Schlesien erlegten und gefangenen Raubzeuges. So ward Breslau ein Hauptplatz für Marder-, Wiesel-, Iltis-, Fuchs-, Hermelinfelle usw. Auch Bärenfelle kamen aus Rußland, aus den Karpathen und vom Balkan in einer größeren Zahl auf den Breslauer Markt. In den 70er Jahren stellte sich das Geschäft insofern um, als von da ab Pelzwaren in größerem Umfange fabrikmäßig hergestellt wurden. Breslau wurde auch auf diesem Gebiet ein Platz allerersten Ranges. Eine Anzahl weitblickender Fachmänner sorgte dafür, daß bei der Umwandlung der früheren Verhältnisse Breslau keinen Schaden erlitt; zu ihnen gehörten insbesondere L. A. Gottstein und M. Boden, zwei Männer, deren Namen stets in der Chronik des Breslauer Gewerbes mit Ehren verzeichnet bleiben werden und die ein gut Teil jenes Kaufmannsgeistes hatten, den Gustav Freytag in seinem Breslauer Roman „Soll und Haben" so ausgezeichnet geschildert hat. M. Boden gebührt das Verdienst, Deutschlands größtes Pelzwaren-Versandhaus entwickelt zu haben, das weit über Deutschlands Grenzen hinaus dem deutschen Namen Ehre macht. Auf den Weltmärkten des Pelzhandels genießen die Breslauer Firmen hohen Ruf. Auf den Pelzmessen in Leipzig und jetzt auch wieder wie schon vor dem Kriege zu London und Nischni-Nowgorod sind sie ständig vertreten.

Amtliches.

Der Mühlenbesitzer Eduard **Schmidt** in **Poppitz** hat um Erlaubnis **zur Vergrößerung der Stauhöhe** an seinem Mühlenwehr auf Flurstück Nr. 14 in Poppitz um **20** cm nachgesucht.

In Gemäßheit der §§ 17 und 25 der Reichsgewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juli 1900 in Verbindung mit §§ 33 flade. des Wassergesetzes vom 12. März 1909 wird dies mit der Aufforderung bekannt gemacht, etwaige Einwendungen hiergegen binnen 14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei der unterzeichneten Verwaltungsbehörde anzubringen. Beteiligte, die sich innerhalb dieser Frist nicht melden, verlieren das Recht zum Widerspruche gegen die von der unterzeichneten Behörde vorzunehmende Regelung.

Großenhain, am 11. Januar 1924.

199 J. **Die Amtshauptmannschaft.**

Gemeinde (Stadt-) verordnetenwahlen betreffend.

In öffentlicher Sitzung des Wahlausschusses am 14. Januar 1924 ist festgestellt worden, daß bei 15205 eingetragenen Wählern

5119 Stimmen für den Wahlvorschlag Günther
§840 { 4089 " " " " Tröger
§840 { 1262 " " " " Schiller
§840 { 489 " " " " Rühling
1591 " " " " Bleier
122 ungültige Stimmen

abgegeben worden sind.

Demgemäß sind dem Wahlvorschlag

Günther	13 Sitze
Tröger	10 Sitze
Schiller	3 Sitze
Rühling	1 Sitz
Bleier	4 Sitze

zugefallen.

Als Gemeinde (Stadt-) verordnete sind somit gewählt:

1. Lehrer Gerhardt Günther
2. Hausfrau Lina Berger
3. Gewerkschafts-Sekr. Alfred Kiß
4. Gewerkschafts-Beamter Hermann Beier
5. Angestellter Max Schneider
6. Lehrer Erich Meißner
7. Schneider Fritz Turra
8. Postschaffner Alfred Mehlhorn
9. Arbeiter Emil Urbach
10. Lagerarbeiter Arno Michalk
11. Konsumvereins-Sekr. Willy Willkomm
12. Verwaltungsbeamter Sally Horn
13. Krankenkassenangestellter Alfred Jurmann
14. Eisenbahnoberinspektor Karl August Tröger
15. Bäckermeister Karl Röhrborn
16. Bürovorsteher Otto Schinkel
17. Tapezierermeister Hermann Billing
18. Kaufmann Paul Georg Asbeck
19. Handlungsgehilfe Curt Adler
20. Oberlehrer Carl Wende
21. Reg.-Baurat Willy Claußnitzer
22. Tischlermeister Alfred Steinbach
23. Fabrikdirektor Albert Schoppmann
24. Prokurist Johannes Schiller
25. Betriebsingenieur Bruno Matthäus
26. Direktor Carl Fleige
27. Pol.-Hauptwachtmstr. Friedrich Herm. Rühling
28. Arbeiter Oswald Bleier
29. Postbeamter Otto Max Schulze
30. Schneider Carl Steinert
31. Arbeiter Paul Marx.

Der Rat der Stadt Riesa, am 15. Januar 1924.

Kein Laden. **Wiedereröffnung!** Kein Laden.

Schuhwaren aller Art für Damen, Herren u. Kinder (Gelegenheit! Mädchenhalbschuhe zu 5 und 6 Mark) empfiehlt wieder zu den bekannt billigen Preisen **Karl Voigt, Gröba,** Oftstr. 1.

Margarinevertreter

per sofort gesucht. Herr aus der Branche mit Büro und Lagerräumen bevorzugt.

Gefl. Offerten unter H 783 an das Tageblatt Riesa.

Reisedecke (Plüsch)

auf dem Wege von Plotitz—Seerhausen—Oelsitz bis Pausitz **verloren.** Gegen gute Belohng. abzugeben. **Mich. Boden,** Essigfabrik.

Brieftasche

mit Inhalt gefunden. Abzuholen **Hauptstr. 35,** 1. I.

Wohnungstausch.

Welcher Eisenbahner mit entsprechender Wohnung würde m. ein. solch. in der Baugenossensch. tauschen? Off. u. M 787 an Tabl. Riesa.

Schlafstelle frei
Poppitzer Straße 49.

Tüchtiger Geschäftsmann **sucht sofort**

600 Gmk.

für Geschäft gegen Zinsen und Sicherheit. Off. unt. K 785 an das Tabl. Riesa.

20000 Mark

1. Hypothek gegen Zinsen u. Gewinnbeteiligung auf Goldbasis von solidem, rentablem Unternehmen **gesucht,** eventl. stille oder tätige Beteiligung. Off. u. L 786 an das Tgbl. Riesa.

Angebot und Nachfrage

in geschäftlichen und persönlichen Bedarfsfragen vermittelt auf schnellstem Wege eine Anzeige im Riesaer Tageblatt. Anzeigenannahme Goethestr. 59 täglich von früh 8 Uhr bis 6 Uhr abends.

Vereinsnachrichten

Esperantogr. Riesa. Nächst. Dienstag 8 Uhr Jahreshauptversammlung im Café Wolf. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erbeten.

Gewerbeverein. Donnerstag, 17. d. M., abends 8 Uhr Versammlung im Wettiner Hof. Tagesordnung: Eingänge, Beschlußfassung über die Verordnungen der Ober-Postdirektion über die Paketannahme und Bestellung, die Wiederaufnahme der Ill. Zeitung usw., die Abhaltung eines Familienabends sowie eines Lichtbildervortrags, Verschiedenes. Hierzu werden die geehrten Mitglieder, sowie alle Interess. eingelad.

Beamten-Verein der Linke-Hofmann-Lauchhammer A.-G. Riesa-Gröba.

Sonnabend, 26. Januar 1924 abends ½8 Uhr Hotel Stern

Ballett-Abend

Alice Zickler und **Walter Kreideweiß**
Solotänzer der Dresdener Staatsoper.
Mitwirkende:
Johanna Immig, Lotte Zeiske, Maria Stock, Lotte Grießbach, Hanni Günther, Lotte Köhler, Erna Wandel, Rudolf Hornuff
vom Ballett der Dresdener Staatsoper.
Die Ballettmusik wird von der Hüttenkapelle (32 Herren) unter Mehrings Leitung ausgeführt.

Achtung. Achtung.

Kartoffeln

jeden Posten, kaufen oder tauschen (4 Zentner Kartoffeln gegen 1 Ztr. Kartoffelflocken). Auf Wunsch stehen Säcke zur Verfügung.

Hermann Grimmer & Sohn, Stauchitz
— Telefon 3 und 38. —

Grosse Transatlantische Schiffahrtsgesellschaft

sucht für ihr Passagegeschäft in Riesa einen geeigneten Vertreter. Inhaber von Geschäftsräumen in Verkehrsstraße m. Gelegenheit für Schaufenstereklame bevorzugt. Angebote unter M B 852a an das Tageblatt Riesa.

Bedienungsfrauen

oder -Männer für Saal gesucht. Angebote unter J 784 an das Tgbl. Riesa.

Holzschuppen mit Pappdach.

Der auf Gohliser Flur bei Riesa stehende etwa 200 qm große Schafstall mit Brunnenanlage (auch als Feldscheune geeignet) ist zu verkaufen. Gefl. Anfrage erbitte an

Bruno Schneider,
Viehhandlung,
Riesa a. Elbe.

Guterh. Kinderwagen zu verk. Hempel, Hohestr. 9.

Kinderstühlchen zu verk.
Müller, Merzdorf 36.

Prov.-Vertreter

für Riesa—Oschatz—Meißen—Döbeln gesucht. Angebote von nur fachkundigen und bestens eingeführten Herren erbeten.

Fa. Franz Berger, Leipzig-N.
Papier- u. Pappen-Großhandlung
Gabelsbergerstr. 1 a.

Aufruf!

Kammerjäger Röder

kommt und ist einige Tage in Riesa und Umgegend tätig, um Ratten, Mäuse, Schwaben, Russen, Wanzen und dergl. unter schriftlicher Garantie restlos zu vertilgen. Bestellungen mache man sofort unter „R 50 Röder" an das Riesaer Tageblatt oder indem man sich in der Geschäftsstelle meldet.

Die ganze Welt spart Zeit und Geld, weil sie zum Schuhputz Erdal wählt.

Erdal

Werner & Mertz A.-G. Mainz

Herren-Filzhüte

werden tadellos umgearbeitet, gereinigt und gefärbt nur bei

Pflugk & Kaiser
21 Wettinerstraße 21
Hintergebäude

2 Pfg. Gold-Zigaretten
Mark Pfund Tabak
Fabriklager
Rosenplatz 2a.

Gummi-Woche

Fahrradbereifung zu nie wiederkehrenden Preisen!

Bis Sonnabend, d. 19. Januar, verkaufe ich unter heutigem Einkauf:

Fahrradmäntel
Ia Qualität Gmk. 4.50
Fahrradmäntel
2. Qualität Gmk. 3.50
Schläuche
nur extra pa. Gmk. 1.50

Es kommen nur erstklassige Fabrikate (ohne Schönheits-Fehler) in einer Auswahl zum Verkauf, wie es in Riesa von keiner Konkurrenz geboten werden kann, bei gleichwertiger Qualität.

Otto Mühlbach
Riesa, Bismarckstraße 11
Ecke Schloßstraße.

Hausfrauen Riesas!
Gasthaus Stadt Leipzig (Hof)
ständiger Einkauf von
Lumpen
Papier, Knochen, Alteisen und Metallen. F. Fritzsche.

Bohnerwachs
in Dosen
Cirine, Saalwachs, Fußbodenöl
empfiehlt
F. W. Thomas & Sohn
Riesa, Hauptstr. 69. Tel. 212.

Wir sind unter
No. 106
an das hiesige Fernsprechnetz angeschlossen.
Hamburger Kaffeelager
Thams & Garfs
Hauptstraße 54.

Ankerdrogerie Riesa
Friedrich Büttner
Bahnhofstraße 16, hat jetzt
Fernsprecher 136
(nicht 336)

Sächsische Landesbühne
Höpfners Hotel

Dienstag, 15. Januar 8 Uhr, 1. Vorstellung der Mietreihe A
„Ingeborg"
Komödie in 3 Akten von Kurt Götz.

Mittwoch, 16. Januar 8 Uhr, 1. Vorstellung der Mietreihe B
Zwangseinquartierung
Schwank in 3 Akten von Ernst Bach und Franz Arnold.

Die heutige Nr. umfaßt 6 Seiten.

Belgrad und der Friede Europas.

Die kleine Entente hat Belgrad zu ihrem Tagungsorte gewählt. Die letzte gemeinsame Konferenz, die in dem Lustschloß der rumänischen Könige in Sinaja stattfand, erbrachte, wenn man eine Staatenzusammenkunft nicht nach schöner Programmrede, sondern nach den tatsächlichen Ergebnissen beurteilen will, den Beweis, daß die dort enger verbündeten Staaten Rumänien, Tschechoslowakei, Südslawien zwar von einer sehr starken allen gemeinsamen politischen Stimmungseinstellung — geistige Vasallität, Frankreich gegenüber — beherrscht waren, daß aber in den praktischen Fragen die Ansichten und Absichten sehr weit auseinander gingen. In Belgrad hat sich durch **das französisch-tschechische Bündnis** die Grundeinstellung noch weiter geklärt. Die kleine Entente hat weitgehend zwischen England und Frankreich gewählt. Wenn Rumänien und Südslawien noch Bedenken tragen, neben den geheimen, durch Rüstungskredite gesicherten militärischen Vereinbarungen noch offene Bündnisse nach Prager Vorbild zu schließen, so ändert das nichts an der Frankreich freundlichen Grundeinstellung. Auch das Uebereinkommen mit Italien in der Fiumefrage stellt, wie in eingeweihten Belgrader Kreisen offen zugegeben wird, nur einen Notbehelf dar. Man fühlt sich Italien militärisch nicht gewachsen, gilt vorläufig noch — **und rüstet umso eifriger weiter.** Auf ein „Bündnis" mit Italien ist Südslawien, wie es in Belgrad mit stark ironischer Färbung erklären zu müssen geglaubt hat, natürlich durchaus nicht eingestimmt, nachdem es soeben auf die Stadt Fiume, das Sehnsuchtsziel slawischer Adriahoffnung, verzichtet hat. Das europäische Bündnisgebäude bleibt vorläufig noch auf französischer Grundlage, auf dem Fundamente der Friedensdiktate bestehen.

In Prag trägt man sich, und nicht erst seit gestern, mit dem Gedanken, die kleine Entente zu einem mitteleuropäischen Block auszugestalten, um eine Verschiebung des Schwerpunktes nach dem Balkan zu verhindern. Man wünscht Oesterreich und Ungarn mit den Papierseilen der Sanierung möglichst eng an die neue Staatengemeinschaft zu fesseln und würde auf diese Weise allmählich mit wirtschaftlichem Winde in einen politischen Kurs hineinmanövrieren, der sich letzten Endes gegen Deutschland richten muß. Beide Länder sind sich da, über alle wirtschaftlichen Gegenwartsbindungen und peinlichen Gelegenheiten der Zwangslage hinweg, im Grunde klar darüber, daß eine Sanierung von Gnaden Frankreichs und seiner Vasallen nur ein Uebergangszustand der Lebensfristung, niemals aber ein Rettungsweg unter geschichtlicher Blickeinstellung sein kann. Bedeutsam ist in Belgrad ferner die Stellungnahme zu Sowjetrußland. Die Tschechei hat seit längerer Zeit schon eine Bekehrung der Belgrader Regierung erstrebt und in gewissem Grade bereits erreicht. Zwischen Rumänien und Rußland liegt Bessarabien und die heikele Frage des im Kriege nach Petersburg überführten, in der Revolution „enteigneten" und restlos verbrauchten Kronschatzes. Trotzdem will Rumänien nach Abschluß der Belgrader Konferenz nochmals ernstlich in Salzburg eine Verständigung suchen, da sie in Richtung der doch grundsätzlich maßgeblichen Pariser Politik liegt. Durch diese Entwicklung wird nun wieder Polen stark beunruhigt, das, über den Gegensatz zu Litauen hinweg, neuerdings stärker als je vorher Anschluß an die baltischen Staaten sucht und von der kommenden Warschauer Besprechung viel erwartet.

Wenn man noch die Schwierigkeiten mit Bulgarien und Griechenland in Rechnung stellt und die starke Beunruhigung in Rom und in London berücksichtigt, so kann man die Belgrader Konferenz, mag sie äußerlich eine Festigung der kleinen Entente bringen, doch als einen Sprengkeil in die große Entente und als ein Ferment der gesamteuropäischen Zersetzung bezeichnen, die durch die Friedensdiktate eingeleitet worden ist und die von Frankreich und seinen Werkzeugen mit der **Angriffsrichtung gegen** das wider alles Erwarten immer noch nicht tote **Deutschland** gefördert wird.

Die Generalstreikpropaganda im Westen.

)(Köln. Nach einem Bericht der „Kölnischen Zeitung" aus Düsseldorf sind die **Aussichten für einen Generalstreik** im dortigen Metallarbeitergewerbe **augenblicklich sehr gering.** Die sozialistischen Gewerkschaften im ganzen Westen **lehnen einen Generalstreik** ab. Die christlichen Gewerkschaften sind nach wie vor weder für den Metallarbeiterkampf, noch für den Generalstreik zu haben. Mit Ausnahme von einigen wenigen Orten, wie **Krefeld, Benrath** und **Hilden,** hat die **Arbeiterschaft** allen Lockungen und Drohungen der Kommunisten **widerstanden.** Der Düsseldorfer Kampf hat so gut wie gar nicht ins engere Industriegebiet übergegriffen. Zur Lage in **Solingen** wird der „Kölnischen Zeitung" von dort berichtet, daß die kommunistische Parole des Generalstreiks kaum Beachtung gefunden hat. **Einzelne größere Betriebe** seien unter Anwendung von Gewalt teilweise **stillgelegt,** in den meisten Betrieben werde weitergearbeitet, ebenso in den mittleren und kleineren Betrieben. Mit Ausnahme von **Opladen,** wo es zwischen Streikenden und Arbeitslosen zu Zusammenstößen mit der Polizei kam, wobei mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden, sind Ausschreitungen nicht zu melden. Versuche, das Gefängnis zu stürmen, um die Verhafteten zu befreien, konnten vereitelt werden.

Metallarbeiter-Aussperrungen.

)(Mannheim. Die **Aussperrung sämtlicher Metallarbeiter** ist in Kraft getreten, nachdem der Schiedsspruch von den Arbeitgebern und hierauf ein neues Angebot von den Arbeitnehmern abgelehnt worden war.

)(Magdeburg. Die Vertrauensmännerversammlung der **Metallarbeiter** lehnte gestern einstimmig den am Sonnabend vom Magdeburger Schiedsausschuß für die mitteldeutsche Metallindustrie gefällten Schiedsspruch ab. Zurzeit haben folgende Werke ihre Arbeiter ausgesperrt: Gruson-Werke, Werkzeugmaschinenfabrik, Rex-Werke, Abens-Metallwerke, C. L. Strube, R. Wolf, C. Rudolph, Schneider u. Helmecker, Mackensen, Röhrig u. Penig, Eisenmatthes Werk 2, Petzold, Gose und Krupp-Gruson.

Das Zweischichtensystem im Kohlenbergbau abgelehnt.

)(Köln. Die Funktionäre und Vertrauensleute der für das **Kölner** Braunkohlengebiet in Frage kommenden **Freien Gewerkschaften** lehnten gestern einstimmig die **Annahme des Schiedsspruches ab,** der für den Braunkohlenbergbau das **Zweischichtensystem** wieder einführt. Die Arbeiterschaft will nach der bisherigen Arbeitszeit von acht Stunden die Betriebe verlassen. Die anwesenden Gewerkschaftssekretäre gaben die Erklärung ab, daß die Gewerkschaften unter allen Umständen am Achtstundentag festhalten werden.

Kommunistenterror im Ruhrgebiet.

Durch den Beschluß der Konferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu den Beschlüssen einzelner Ortsvereinigungen über den Generalstreik, wonach es den örtlichen Organisationen überlassen bleibt, **selbständig** in der Frage des Generalstreikes zu entscheiden, hat die **Zentrale** des Metallarbeiterverbandes sich wieder einmal vor den kommunistischen Drahtziehern dieser Organisation gebeugt. Im Verfolg dieses Beschlusses haben die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes wieder alle Mittel angewendet, um die arbeitswilligen Metallarbeiter an der Ausübung ihrer Arbeiten zu verhindern. Die Polizei in Gelsenkirchen wurde mehrfach gezwungen, mit **blanker Waffe** einzugreifen, um den Belästigungen der zur Arbeit gehenden Arbeiter entgegenzutreten. Eine Anzahl von Demonstranten wurde verwundet. Durch die auf die blaue Polizei **abgegebenen Schüsse** wurde ein Polizeibeamter verwundet. Die Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes will alles versuchen, um die **restlose Arbeitsniederlegung im ganzen Bezirk** zu erzwingen.

Erkrankung v. Hoeschs.

)(Paris. Der **deutsche Geschäftsträger in Paris ist erkrankt** und konnte noch nicht nach Berlin abreisen. Herr v. Hoesch leidet an einer **Mandelentzündung,** die sich etwas verschlimmert hat, weil Herr v. Hoesch seine Abreise nicht verschieben wollte und sich dazu zwang, am Sonnabend nachmittag wieder in der Botschaft zu arbeiten. Es ist zu hoffen, daß der Geschäftsträger bald wieder hergestellt ist. Es ist aber noch nicht ganz sicher, ob die Abreise bereits Montag abend erfolgen konnte.

Die Mitglieder der demokratischen Reichstagspartei

sind gestern zu einer **zweitägigen Tagung in Dresden** eingetroffen und haben um 3 Uhr nachmittags gemeinsam mit der demokratischen Landtagsfraktion Sachsens ihre Beratungen begonnen. Der stellvertretende Vorsitzende, Abgeordneter und Reichsminister a. D. **Koch,** eröffnete die Sitzung mit warmen Dankesworten an den bisherigen Vorsitzenden Dr. Petersen, der nach seiner Wahl zum ersten Bürgermeister von Hamburg sein Amt als Vorsitzender der Partei niedergelegt hat. Dr. Petersen erklärte in seiner Ansprache, daß die Liebe zu seiner Vaterstadt ihn dazu bewogen habe, das ihm angebotene neue Amt zu übernehmen. Er halte sich für verpflichtet, auch auf diesem Posten den Grundsätzen treu zu bleiben, die er bisher verfolgt habe, und insbesondere darauf hinzuwirken, daß eine Verständigung zwischen dem von Staatsgesinnung getragenen Teil der Arbeiterschaft und dem Bürgertum herbeigeführt und eine breite politische Mitte als Basis für die künftigen Arbeiten geschaffen werde.

Der stellvertretende Vorsitzende Dr. **Koch** verkündete darauf das Programm der Tagung und stellte fest, daß die Tagung sich nicht mit der Wahl eines Nachfolgers des Vorsitzenden beschäftigen werde. Diese werde vielmehr in der nächsten Fraktionssitzung in Berlin vorgenommen werden. Die Tagung werde sich hauptsächlich mit den Punkten beschäftigen, die für den nächsten **Reichstagswahlkampf** von besonderer Bedeutung sind. Im Namen der demokratischen Landtagsfraktion Sachsens begrüßte der Vorsitzende, Abgeordneter Dr. **Seyffert,** die Erschienenen und gab einen kurzen Rückblick über die politischen Ereignisse in **Sachsen** seit dem Sturz des Ministeriums Dr. Zeigner.

Auf Hesselvörde.

Roman von Fritz Ganzer.

11. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Jetzt war es ½2. Joachim begutachtete seinen Rosenstrauß, warf einen Blick voll erwartungsreichen Frohsinns nach den Dammwiesen hinüber und ging leichtfüßig ins Haus. Im Flur begegnete ihm Tante Malve. Sie war in Hatz und Unruhe, hatte gerötete Wangen und trug ihre Haarfrisur ein klein wenig schief. Eben hatte sie ihre Butterkuchen fertig bekommen, ein Gebäck, dessen Rezept schon das Geheimnis ihrer Mutter gewesen und das sie als teueres Erbe nun mit derselben Geheimhaltung hütete, und wollte nun den Kaffeetisch herrichten.

„O, diese schönen Rosen!" bewunderte sie den Strauß in der Hand Joachims. „Wie wird sich Fräulein Burmann freuen... Und meine Butterkuchen sind auch gut geraten."

„Natürlich. Das ist ja Usus, Tante Malve... Aber hetze Dich nicht so. Du siehst völlig aufgelöst aus. Ganz erhitzt." Er strich liebkosend an ihrer Wange hinab. „Ueber eine Stunde ist noch Zeit..."

„Ach Gott, mein Jungchen, was ist aber auch nicht noch alles zu tun! Man will doch fix und fertig sein, wenn der Gast da ist... Gottchen, Joachim, ich weiß nicht, eigentlich habe ich eine merkwürdige heimliche Angst vor der Einquartierung. Es ist mir immer so zumute, als wenn ich mich vor der Zukunft fürchten müßte."

Joachim lachte. „Aber Tante Malve, warum denn?"

„Ja, frage doch! Es ist putzig, aber ich kann mir nicht helfen. Wenn sie nur erst hier wäre, damit man sie sieht, ihr in die Augen schauen kann, weiß, woran man mit ihr ist."

„Nun, Du wirst schon zufrieden sein, Tante," sagte Joachim etwas kurz und mit einer leise durchschimmernden Verletzung im Ton.

Wie konnte man vor Edith Burmann Angst haben! Tante Malve war mitunter schon wirklich etwas wunderlich. — —

Sie war schon den Flur hinabgegangen. Als sie an der Tür zu Sybillens früherem Zimmer vorüberkam, seufzte sie tief. Sie mußte heute besonders oft an die Geliebte denken. Da wurden nun Vorbereitungen aller Art für eine Fremde getroffen, und das Fleisch und Blut der Erandts trieb sich draußen in der Welt umher, war eine Verlorene, Vergessene, Tote. Ein Mensch, von dem man daheim nicht mehr sprach. Der aus der Familie entfernt, dessen ganzes Dasein gewissermaßen hinweggewischt war wie die Schriftzeichen aus einem Buche. Ja, da mußte man seufzen, mußte man sich grämen. Tante Malve wurden die Augen feucht... Wenn die heute Kommende doch Sybille gewesen wäre! Eine reuige Sybille, die sich auf ihre Pflicht besonnen hätte. Den Rest ihrer Jahre hätte Tante Malve dafür hingegeben. —

Joachim, dem die Gedanken an die Schwester sonst auch häufig bittere Erinnerungsstunden bereiteten, häufiger als er wollte, kam heute dazu nicht. Seine ganze Gedankenwelt konzentrierte sich auf das Wesen, das nun bald unter seinem Dache weilen würde und dessen Ankunft er mit fiebernder Ungeduld entgegenwartete.

...Und da war nun endlich die Stunde, die die Herbeigesehnte bringen sollte!

Er stand auf der Rampe und blickte nach den Dammwiesen hinüber, lauschte auf das Geräusch eines nahenden Wagens und spürte das Wogen und Jagen seines Blutes... Es war ihm fast zumute wie einem, der der Braut entgegenharrt.

Und nun lenkte der Wagen auf den Hof. Joachim sah von der Erwarteten zunächst nichts. Ein großer, weißer Sonnenschirm verbarg sie seinem Blicke.

Tante Malve war auch in die Tür getreten. Und Joachim ging mit zitternden Knien die Treppe hinab.

Im nächsten Augenblick fühlte er sich versucht, an eine Täuschung seiner Sinne zu glauben... Er starrte in ein ihm völlig fremdes Gesicht... in ein müdes, halbgeschlossenes Augenpaar, das der ganzen Erscheinung etwas Altes, Krankhaftes verlieh, und hörte nun eine klagende Stimme: „O, diese entsetzliche, heiße Sonne, dieser grauenhafte, weite Weg in diesem Staub und heißen Dunst, ich bin völlig erschöpft..."

Sie sank in die Polster zurück und klappte den Schirm zu. Dann richtete sie das Auge voll auf Joachim.

„Herr von Brandt?... Gewiß, ja so hat Sie Renate mir geschildert... Guten Tag, Herr von Brandt, und Sie dürfen mir nicht böse sein, daß ich mich mit einem Klagelied einführe!"

Ihre Hand streckte sich ihm mit einer apathischen Bewegung über den Wagenschlag entgegen.

Joachim führte Sie mechanisch an seine Lippen und sagte: „Willkommen in Hesselvörde, gnädiges Fräulein!... Ich bin glücklich, Sie hier zu sehen!"

Warum log er so erbärmlich? Warum schrie er ihr nicht die Wahrheit ins Gesicht: Wer bist du, was willst du! Dich wollte ich nicht, dich erwartete ich nicht!... Jene andere, meine Schönheit, das blonde, stolze Weib, die Göttin meiner Träume, meines Sehnens, Freia, wollte ich..!

Also Renate... Renate... Wer war Renate?

Böse?... War er böse? Ach böse! Das war ein erbärmliches, völlig unzutreffendes Wort, das nicht imstande war, die Art seiner Stimmung zu bezeichnen. Er war grenzenlos enttäuscht, von der stolzen Höhe einer reinen, klaren Vorfreude in ein trübes, dunkles Wasser gestürzt. Er war in einem Grimm. Er hätte Hinrich Baasch, dem Regungslosen, ein bittergrobes Wort zurufen mögen, daß er nicht den Menschen von Iderstedt abgeholt, an den er, Joachim, einzig und allein gedacht.

Und er mußte doch ganz still und gelassen bleiben, durfte nichts anderes, als durchaus höflich sein — nach außen hin wenigstens —. Was er heimlich tat, war ja seine Sache. Aber jetzt galt es, die Tochter Burmanns zu respektieren, überhaupt die Dame...

Tante Malve war neben ihn getreten. Er stellte sie vor. Er lächelte zuvorkommend, verbindlich. Und Edith Burmann hatte den alten, müden Blick. Reichte wieder die Hand apathisch aus dem Wagen.

Und Tante Malve sprach. Redete wortreich, freundlich. Erzählte von Freude und Warten, von der guten, gesunden Luft Hesselvördes und seiner Stille, von dem schönen Sommer, von vielem noch. Zuletzt auch von Kaffee und Butterkuchen, und bat abzusteigen.

Das tat Edith auch nun endlich, von Joachim unterstützt. Und Hinrich Baasch konnte, einen heimlichen Fluch murmelnd, glücklich nach den Ställen hinüberfahren.

Die drei Menschen schritten die Treppe hinan. Edith wie gebrochen. Kaffee, nein, Kaffee um Gottes willen jetzt nicht! Auch keine Butterkuchen natürlich. Nur Ruhe, Ruhe! Eine ganze Weile. Sie sei unfähig, zu denken, zu sprechen. Sie sei völlig erschöpft...

Tante Malvens Augen glitten mit dem Ausdruck stillen Entsetzens, peinvoller Bestürzung, überspunnen von einem Schein heimlicher Verachtung über Ediths schmale, schwankende Gestalt. Gott, war das eine Zimperpuppe! An der war ja nicht für fünf Pfennig Frische und Elastizität. Würde das während der ganzen Zeit ihres Hierseins so bleiben? Um Himmels willen nicht! Das ertrug sie nicht. Ihr Blick suchte Joachims Gesicht. Das sah ganz verstört aus. Ganz abwesend blickte er. Seine Augen schienen ins Leere gerichtet. Natürlich, er hatte auch etwas anderes erwartet. Sein ganzes Aussehen redete von einer Riesenenttäuschung.

Tante Malve beobachtete sie auch dann noch an ihm, als sie Edith zu den für sie bestimmten Zimmern geführt hatte und zu ihm ins Gemach trat, wo der gedeckte Kaffeetisch stand.

Da saß er mit flach aneinandergelegten, zwischen die Knie gepreßten Händen am Fenster und starrte zu Boden.

Sollte sie ihm erzählen, daß der Gast für die wunderhübsche neue Einrichtung der beiden Zimmer kein Wort der Anerkennung gehabt, sondern alles wie etwas Selbstverständliches hingenommen? Und seine Rosen? Etwa ihm das sagen?

Aber keine Blumen, wenn ich bitten darf! Ihr Duft fällt mir auf die Nerven und macht mich krank. Und Tante Malve hatte den Strauß mit aus dem Zimmer genommen und in einen Flurwinkel gestellt. Nein, sie würde ihm nichts davon sagen. Er sollte sich nicht noch mehr ärgern.

„Na, aber **wir** trinken Kaffee, Joachim," sagte sie nur, und man merkte an der scharfen Betonung und an dem zitternden Hüpfen ihrer Stimme, wie empört sie war.

„Ich danke, Tante Malve", stieß Joachim heraus und erhob sich hart. „Nein, wirklich, ich danke. Ich gehe auf das Feld... Vor Abend bin ich nicht zurück."

„Na, weißt du, so tragisch ist doch die Sache nicht, daß man sich deswegen um seinen Nachmittagskaffee bringt!" Sie sagte es etwas ärgerlich und rückte eine Tasse zurecht.

Er zuckte die Schultern. „Es tut mir leid, daß ich dich allein lassen muß, aber es ist mir unmöglich, jetzt im Zimmer zu bleiben und mich in friedsamer Gelassenheit an den Kaffeetisch zu setzen."

Und nun war er schon hinaus. Härter als nötig klang die Tür.

Tante Malve schüttelte den Kopf. Nein, zu übertreiben brauchte er nicht. Man durfte über eine Sache nur bis zu dem ihr zukommenden Grade ärgerlich sein. Darüber hinaus wars Unsinn.

Sie wollte nach aller Hatz wenigstens ihren Kaffee haben und setzte sich allein an den Tisch. Aber zu einem uneingeschränkten Genuß kam es nicht. Die beiden Stühle rechts und links von ihr gähnten sie mit ihrer Leere an und verleideten ihr die Sache. In Hast trank sie eine Tasse. Sie vergaß sogar, ihr übliches Stück Zucker zu nehmen. Und die goldgelben Butterkuchen lockten auch vergeblich. —

Fünf Minuten später stand der Kaffeetisch verlassen inmitten des stillen Gemachs. Nur die durch das Laub des wilden Weins schräg ins Zimmer fallenden Strahlen der Nachmittagssonne glitten über das blütenweiße Damastgedeck, spiegelten sich in der Nickelkanne und küßten die Rosenranken auf den feingeformten Tassen aus Meißner Porzellan. Die Butterkuchen machten grämliche Gesichter, daß ihr frischer Duft schwand und ärgerten sich über die vorwitzige Fliege, die von dem zarten Weiß ihres Puderzuckers ein winziges Prischen naschte.

Ganz Hesselvörde schien verstimmt, seitdem Edith Burmann gekommen.

Tagesgeschichte.

Englische Hilfe für die deutsche Arbeiterschaft. Der Sekretär der Trade Union Amly und Arthur Henderson, Generalsekretär der Arbeiterpartei, hat an die Arbeiter einen Aufruf gerichtet, in dem sie zur finanziellen Hilfeleistung für die deutschen Sozialdemokraten auffordern. In dem Aufrufe wird zum Ausdruck gebracht, daß man sich kaum ein Bild von den schwerlichen Folgen, die der Markzusammenbruch der letzten Monate für die deutsche Arbeiterschaft gehabt hat, machen kann.

Französische Wahlen im April. Dem „Matin" zufolge soll es nunmehr sicher sein, daß die Regierung entgegen dem Wunsche gewisser politischer Kreise nicht dazu schreiten wird, das Datum für die französischen Kammerwahlen erheblich zu beschleunigen. Der erste Wahlgang soll vielmehr voraussichtlich am 6. April stattfinden.

Der ehemalige deutsche Botschafter in Madrid, Prinz Max von Ratibor und Corvey, ist am Sonnabend in Sterz (Oberbayern) gestorben. Seit 1880 im diplomatischen Dienst des Reiches, der ihn an die Botschaften in Petersburg, Wien, Konstantinopel, London und Rom führte, vertrat er das Reich als General-Konsul in Budapest, als Gesandter in Athen, in Belgrad, in Lissabon und bis zum Jahre 1918 als Botschafter in Madrid. Auf allen diesen zahlreichen Posten seiner langen diplomatischen Tätigkeit hat er die Interessen des Deutschen Reiches mit Geschick und Energie vertreten, insbesondere wird seine erfolgreiche Tätigkeit in Madrid während des Krieges unvergessen bleiben und ihm ein dauerndes ehrendes Andenken sichern. Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann hat namens des Auswärtigen Amtes den Hinterbliebenen seine herzliche Teilnahme ausgesprochen.

Minister Hartmann Mitglied des Reichsrates. An Stelle des Justizministers Herrmann ist der Staatsminister Hartmann zum stimmführenden Bevollmächtigten im Reichsrat bestellt worden.

Wegen Landesfriedensbruch verurteilt. Vor dem Nürnberger Volksgericht wurde seit einigen Tagen ein großer Prozeß gegen die Arbeiter der Schuckertwerke wegen Landesfriedensbruch verhandelt. Das Urteil lautet gegen 13 Angeklagte auf Gefängnisstrafen von 1 Jahr 3 Monaten bis herab zu 1 Monat. Drei Angeklagte erhielten Geldstrafen von je 30 Mark. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Die ägyptischen Wahlen. Wie aus Kairo gemeldet wird, hat die Partei Zaglul-Pascha bei den allgemeinen ägyptischen Wahlen 143 Sitze erlangt. Man glaubt annehmen zu können, daß die Zaglul-Pascha-Partei insgesamt etwa 185 Sitze im Parlament einnehmen wird. Verschiedene Minister und Heerführer der Nation sind geschlagen worden.

Eine Warnung vor Kommunistendemonstrationen. Das Berliner Polizeipräsidium erläßt folgende Warnung: „Wie der politischen Polizei bekannt geworden, planen die Kommunisten aus Anlaß des Todestages von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg für Dienstag, den 15. Januar, Straßenkundgebungen in Berlin. Vor Teilnahme an derartigen gesetzlich verbotenen Kundgebungen wird dringend gewarnt, da gegen etwaige Demonstranten mit allen polizeilichen Mitteln vorgegangen wird.

Der Reichspräsident an Dr. Petersen. Der Reichspräsident hat an den ersten Bürgermeister von Hamburg Dr. Petersen ein Telegramm gerichtet, in dem er ihm zu seiner Wahl aufrichtige Glückwünsche ausspricht und unter Würdigung seiner wertvollen und großen Dienste sein Ausscheiden aus dem Reichstage und als Vorsitzender der Demokratischen Partei lebhaft bedauert. Im Namen der Reichsregierung übersandte Reichskanzler Marx herzliche Wünsche.

Beisetzungsfeier für Heinz-Orbis. Vorgestern mittag fand im Kreistagssaale in Speyer die Beisetzungsfeier für Heinz-Orbis statt, bei der das städtische Orchester spielen mußte und General de Metz den Toten als Freund Frankreichs feierte. Die Teilnehmerzahl betrug etwa 250. Die Beerdigung fand gestern in Orbis statt. In den späten Abendstunden kam es in der Hauptstraße zu einer Schießerei. Schließlich zogen Separatistentruppen durch die Straßen.

Um das beschlagnahmte deutsche Eigentum in Amerika. Nach einer Meldung der „World" aus Washington empfiehlt der Treuhänder für beschlagnahmtes Eigentum ehemaliger Feinde, Miller, dem Präsidenten Coolidge die sofortige Gründung einer Bundeskörperschaft, die, gestützt auf die beschlagnahmten Vermögenswerte, den deutsch-amerikanischen Handel wieder zu beleben hätte. Er erklärte, daß 180 Millionen Dollar verfügbar seien, die aus dem Verkauf fremden beschlagnahmten Eigentums erzielt wurden. Miller glaubt, diese Vermögenswerte könnten so vorteilhaft zur Wiederherstellung der Handelsbeziehungen verwandt werden, daß alle anerkannten amerikanischen Forderungen an Deutschland aus dem Gewinne gedeckt werden könnten. Dann könnten die Vermögensstücke gegebenenfalls dem rechtmäßigen Eigentümer ungekürzt überwiesen werden, so daß jede Konfiskation fremden Eigentums hierbei vermieden würde. Miller fügte hinzu, daß die völlige Regelung der Frage des beschlagnahmten Eigentums mehrere Jahre in Anspruch nehmen werde.

[illegible] Abwehrmaßnahmen gegen den Frankensturz.

[illegible] Der Frankensturz und die [illegible] Lebensmittelteuerung versetzen die französischen Regierungskreise in größte Besorgnis. Nach dem diplomatischen Mitarbeiter der „Daily Mail" gedenkt die französische Regierung eine Reihe von Abwehrmaßnahmen zu ergreifen, von denen die hauptsächlichsten die nachstehenden sind: 1. Auferlegung einer besonderen Steuer von einer Million Pfund Sterling jährlich. 2. Verkauf der bestehenden Regierungsstaatsmonopole, die unter der Beaufsichtigung des Staates nicht restlos ausgenutzt worden sind. 3. Einschneidende Maßnahmen auf dem Verwaltungsgebiete und der sozialen Gesetzgebung, um eine äußerste Sparsamkeit zu entfalten. Wie der Korrespondent hinzufügt, ist die Mehrheit des französischen Volkes mit diesen drei Maßnahmen, auch mit der erst genannten, einverstanden. (?)

Seinerseits nennt der frühere Aufbauminister Loucheur im „Petit Journal" verschiedene Abhilfemittel, die nach seiner Auffassung der trostlosen französischen Wirtschaftslage steuern können. Loucheur geht von der Tatsache aus, daß in Frankreich mehr als 10 Milliarden Frank an fremden Wertpapieren untergebracht sind, der französische Staat könne daher gegen Bezahlung zum augenblicklichen Frankenkurs die Hand auf einen großen Teil dieser Wertpapiere legen und zum geeigneten Augenblick auf den Devisenmarkt werfen, um dadurch der Hausse Einhalt zu gebieten. Loucheur ist der Ansicht, daß keine andere Maßnahme dieselben Aussichten auf Erfolg hat.

Albanische Abstimmung für den Fürsten von Wied.

Die am Jahresende durchgeführten Abgeordnetenwahlen in Albanien haben der Opposition eine Zweidrittelmehrheit gebracht. Während die bisherige Regierungsmehrheit sich an Südslawien anlehnte, ist die vom ehemaligen Außenminister Fanoli geführte neue Mehrheit ausnahmslos italienisch orientiert. Außerdem sind die meisten Mitglieder der Opposition ausgesprochene Monarchisten und treten für die Rückkehr des Fürsten von Wied auf den albanischen Thron ein, den man vor dem Kriege gern als einen Operettenfürsten hinzustellen beliebte und der nun unter allen deutschen Fürsten, abgesehen vom Wittelsbacher, die ausgesprochenste Gefolgschaft seiner ehemaligen Landeskinder nachweisen kann.

Bewerbungsschreiben für die Thronfolge.

Beim Völkerbunde häufen sich die Gesuche von Ehrgeizigen, die sich um den freigewordenen Thron von Albanien bewerben. Unter den vielen Anwärtern befindet sich auch ein jung verheirateter Ehemann, der den Thron gern seiner Gattin als nachträgliches Hochzeitsgeschenk bescheren möchte. Auch ein Zahnarzt hat sich, wie der „Daily Expreß" zu melden weiß, beworben und sein Gesuch hat dem albanischen Ministerpräsidenten zu der launigen Bemerkung Anlaß gegeben, daß sich der Bewerber jedenfalls gut auf Goldkronen versteht, woran in Albanien sicherlich reicher Bedarf herrscht.

Frankreichs Kriegsschäden und Kontributionsforderungen.

Die Frage der deutschen Kontributionsleistung, der man schamhaft den Namen „Reparation" gegeben hat, soll zum Gegenstand einer Sachverständigenprüfung gemacht werden, deren erste Sitzungen augenblicklich stattfinden. Es ist bereits ein großer Erfolg der französischen Politik, daß die Fragestellung auf dieser Konferenz von vornherein, aller Logik zum Trotz, nicht so formuliert ist: „Wie hoch ist der tatsächliche Kriegsschaden Frankreichs?", sondern **„Was kann aus Deutschland** (ohne Rücksicht auf seine Lebensfähigkeit) **herausgepreßt werden?"** Frankreich hat von vornherein seine Forderung ungeheuerlich heraufgeschraubt, und zwar auf eine Höhe, die in keinem Verhältnis zu dem Werte der Zerstörungen steht. Bei den Friedensverhandlungen hatte Frankreich zweihundert Milliarden Frank, das heißt nach damaligem Goldwert etwas über hundert Milliarden Frank, verlangt. Nun sind aber durch den Krieg nur sechs Prozent des französischen Gesamtgebietes betroffen worden. Selbst wenn die besetzten Teile, was nicht geschehen ist, gänzlich zerstört worden wären und wenn man den Departements nach ihrer Bevölkerungszahl einen besonders hohen Wert zubilligte, so würde der in Frage kommende Teil Frankreichs nur zwölf Prozent des gesamten französischen Nationalvermögens ausmachen. Dieses Nationalvermögen betrug aber nach den Höchstschätzungen zweihundertfünfzig Milliarden Goldfrank. Zwölf Prozent hiervon würden höchstens dreißig Milliarden Goldfrank als Gesamtwert alles dessen ergeben, was sich in den besetzten Gebieten befindet. Für diese dreißig Milliarden würde man alles französische Besitztum in der Kriegszone haben kaufen können.

Der dänische Professor Wieth-Knudsen hat vor einiger Zeit in Frankreich selbst eine Erhebung über die Zerstörungen angestellt und sich dabei auf das amtliche französische Material gestützt. Das französische Landwirtschaftsministerium hat nach dem Zerstörungsgrade das gesamte Kriegsgebiet in drei Zonen, eine rote, eine gelbe und eine blaue eingeteilt. Professor Knudsen kommt zu dem Ergebnis, daß in allen drei Zonen die Zerstörungen an Ackerbauschaden, landwirtschaftlichen Gebäuden, Stadthäusern, Fabriken und Werkstätten, Material, beweglichem Eigentum 27.500 Millionen Goldfranken betragen. Die französische Entschädigungsforderung im Februar 1921 betrug nun 122,5 Milliarden Papierfrank, das ist nach dem damaligen Stand, in Gold umgerechnet, immer noch mehr als das Doppelte der tatsächlichen Summe. Inzwischen sind die französischen Forderungen und Ansprüche auf den verschiedensten Gebieten des Reparationskontos noch gewachsen. Wenn man weiß, wie die ganze Wiederaufbaufrage zu einer Riesenspekulation der Gewinnsucht gemacht worden ist und wenn man die maßlosen und auch gewährten Ueberforderungen der Geschädigten in Rechnung stellt, so wundert man sich allerdings nicht über die französischen Ansprüche. Deutschland hat durch seine Barleistungen und Sachlieferungen, ganz abgesehen von Besatzungskosten, Wert der geraubten Gebiete und der Kolonien usw., bereits weit höhere Beträge aufgebracht als sie zur Deckung der tatsächlichen Wiederaufbaukosten erforderlich sind. Alles, was an Bedrückung, Verwüstung, Demütigung und Aussaugung Deutschland noch weiterhin zugemutet wird, dient nicht dem sogenannten Wiederaufbau, sondern der französischen Rachelust.

Der italienisch-jugoslavische Vertrag.

Paris. Pariser Blättern wird aus Rom gemeldet: Berichte aus serbischer Quelle, wonach die Fiume-Frage endgültig geregelt sei, sind als verfrüht anzusehen. Italien und Jugoslawien haben allerdings die großen Linien dieses Abkommens vereinbart, doch werden noch verschiedene Wochen bis zur endgültigen Unterzeichnung verstreichen. Das italienische auswärtige Amt hüllt sich in undurchdringliches Schweigen, doch glaubt man zu wissen, daß Italien auf Grund des in Aussicht genommenen Vertrages Stadt und Hafen Fiume annektiert und Jugoslawien das angrenzende Delta und den Hafen Barras mit einverleiben wird. Außerdem wird die Bildung eines Konsortiums geplant, das die Ausbeutung der beiden Häfen für die Dauer von 40 Jahren in die Hände nehmen soll. Es verlautet, daß neben diesem Abkommen ein besonderer Handelsvertrag abgeschlossen werden wird. Gerüchte über ein militärisches Bündnis entbehren jeder Grundlage.

Kunst und Wissenschaft.

Die Untersuchung mit dem Magenspiegel. Auf dem letzten internationalen ärztlichen Fortbildungskursus in Karlsbad sprach Loshing-Halle über die ärztlichen Untersuchungen mit Hilfe des Magenspiegels. Es war schon lange das Bestreben sowohl der inneren Mediziner wie der Chirurgen, das Mageninnere unserem Auge zugänglich zu machen. Aber erst in den letzten Jahren sind die Methoden und Instrumente so verbessert worden, daß wir von einer ärztlichen „Magenschau" sprechen können. Ein starres Rohr läßt sich nicht verwenden, da es zu schwer in den Magen hineinzubringen ist; es müßte schon hineingestoßen werden. Der nachhelfende Schluckakt ermöglicht eine leichtere Einführung und ein Hineingleiten des Magenspiegels. Mit dem Magenspiegel erst konnte man ein Bild über das Aussehen des gesunden Magens und über die Tätigkeit des Schließmuskels bekommen. Aber die Magenschau läßt auch recht gut Krankheitszustände erkennen, vor allem bei Magengeschwür- und Magenkrebs. Wenn längere Magenbeschwerden bestehen und keine Ursache dafür festgestellt werden kann, dann sollte man die Magenschau nicht zu lange hinausschieben, weil die Wahrscheinlichkeit zu groß ist, daß ein Magenkrebs vorliegt, dessen frühzeitige Erkennung gute Möglichkeiten einer rechtzeitigen und leichten Operation bietet.

Die „Trennung der D. T. von den Sportverbänden" im Turnkreis Sachsen.

Vom Kreisvertreter des 14. Turnkreises, Dr. Thiemer.

tsd. Nachdem in den Tagesblättern schon ab und zu Mitteilungen über die Stellungnahme dieses und jenes einzelnen Vereins zu dieser Frage und Forderung der D. T. gestanden haben, ist es jetzt an der Zeit, über die Gesamtlösung von turnerischer Seite her zu berichten, denn es ist nicht zu leugnen, daß die Oeffentlichkeit einen gewissen Anspruch darauf hat, nachdem durch Einzelmeldungen, die manchmal einer gewissen Tendenz nicht entbehrten, ihre Aufmerksamkeit erregt worden ist.

Ueber die Notwendigkeit dieser Trennung noch ein Wort zu verlieren, ist nutzlos. Aber es möchten doch auch diejenigen, die mit oft recht herber Kritik dieser Maßnahme der D. T. das Urteil sprachen, sich überlegen, daß schließlich die D. T. doch ihre mindestens für sie wohlberechtigten Gründe gehabt haben muß, ehe sie zu einer derartigen Forderung schritt. Auch über die Folgen dürfte sie letzten Endes sich ebenso klar gewesen sein, wie mancher andere, der ihr ferner steht!

Daß die Trennung Verluste bringen würde, war selbstverständlich. Daß diese Verluste in den Einzelvereinen binnen kurzem ausgeglichen werden, ist nach den bisherigen Trennungsverfahren bestimmt anzunehmen. Die noch offene Frage, wie stark die zahlenmäßige Einbuße der D. T. zunächst sein würde, kann jetzt dahin beantwortet werden, daß sie viel geringer ist, als zunächst angenommen wurde. Nach meinen Unterlagen mußten etwa 75 Vereine Stellung nehmen. Bei etwa 70 handelte es sich um die Frage der Lösung vom Fußballbund, bezw. dem VMBV. Bei 5, soweit mir bekannt, um Trennung vom D. Schwimmverband. Diese haben die Lösung alle zugunsten der D. T. durchgeführt, bei jenen liegen die Dinge naturgemäß nicht so einfach.

Aus dem Turnkreis ausgetreten ist von all diesen Vereinen nur ein einziger! Ein anderer zog seine Anmeldung zur D. T. zurück! Alle übrigen Vereine bleiben der D. T. treu. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß wegen verspäteter Inangriffnahme und noch nicht durchgeführter Lösung schwarzgestellt sind (3) und 4 kleinere Landesvereine wegen Nichtberichterstattung geschwärzt sind! Nur einem Verein (in Dresden) gewährte die D. T. Fristverlängerung bis 31. 3. 24. Bis zum gleichen Termin werden sich voraussichtlich die drei oben erwähnten Vereine (Kleinzschachwitz, Radebeul, Großenhain) entscheiden müssen!

Von den übrigen Vereinen haben 25 die Frage der Trennung so gelöst, daß sie sich aus dem Sportverband abgemeldet haben. So meldet die starke Spielgruppe Leipziger Schlachtfeldgau, daß alle „Leichtathletikabteilungen des Gaues geschlossen aus der Deutschen Sportbehörde für L. ausgeschieden sind." Auch in anderen Vereinen sind die „Leichtathleten" bei dem Verein geblieben, obwohl die Fußballspieler abwanderten. Nur dreimal wird gemeldet, daß die ganze Sportabteilung sich aus dem T. V. abgemeldet hat!

Die Zahl der ausgeschiedenen Fußballspielabteilungen ist auf etwa 30 anzusetzen (das Ergebnis der Leipziger Spielgruppe mit 15 dabei in Ansatz gebracht!)

Bei den schwarzgestellten Vereinen spielt die Frage der Fußballrunden eine Rolle. Wenn diese sich in der D. T. einrichten und so wie in Dresden, Chemnitz und Leipzig energisch gefördert werden, so bleiben auch die Fußballspieler dieser Vereine der D. T. treu und andere Abteilungen wollen dann wieder kommen.

Mit diesen Ergebnissen kann die D. T. in Sachsen zufrieden sein. Aber auch in anderen Kreisen sieht es für sie wesentlich günstiger aus, als nach einzelnen Meldungen scheinen könnte. Die D. T. hat festgestellt, daß Pressemeldungen, die von geschlossenem Austritt vieler Vereine, namentlich in Nord- und Mitteldeutschland, schreiben, nicht der Wahrheit entsprechen! Nicht Alarmmeldungen einzelner daran Interessierter geben darauf einen Maßstab, sondern die amtlichen Meldungen der Kreisblätter! Und selbst wenn die D. T. einen Münchener Verein ausschließen mußte und wenn dies noch bei einigen anderen Vereinen nötig werden würde, so ändert dies nichts an dem Ergebnis, daß es verschwindende Ausnahmen sind.

Die Nachteile der Trennung spüren letzten Endes nur die, die nicht genug bekommen können an Wettkämpfen, die heute für den Turnverein, morgen für die Sportabteilung im Sportverband und übermorgen für sonstwas einen Verein „starten". Wenn die D. T. für ihre Mitglieder da einen Riegel vorschiebt, so ist das nur gut, denn nicht umsonst machen sich in der D. T. und auch in den Sportverbänden (und das will in diesem Falle viel mehr heißen!) Stimmen geltend, die gegen den Wettspielfimmel, das Wettkampffieber zu Felde ziehen! Ich bin kein Freund von der in jüngster Zeit in Turn- und Sportlagern üblichen Schlagwortmethode, aber wenn die von der D. T. durchgeführte Trennung dem namentlich im Schwimmverband bekannten Schlagwort: Farbe bekennen! Zur Farbe halten! ein Stück weiter hilft, so hat sich auch der anfängliche Nachteil in Vorteil gekehrt, nicht zuletzt gerade denen zum Heile, die jetzt am meisten mit der D. T. darüber hadern.

Und die Sportverbände? Auch sie sollten mit der Trennung zufrieden sein, denn wer bei ihnen geblieben ist, von dem ist doch wohl anzunehmen, daß auf ihn voll und ganz von seinem Verband gerechnet werden kann. Es gibt kein Hin- und Herpendeln mehr. Die D. T. hat Ruhe in ihren eigenen Reihen und kann alle Kräfte zum inneren Ausbau ansetzen, statt sie in der bisher stets vergeblich gewesenen Auseinandersetzung über die „Zuständigkeit" dieses oder jenes Verbandes und andere Konfliktfragen zu vergeuden. Genau dasselbe gilt für die anderen Verbände!

Und wenn alle beteiligten Verbände den guten Willen zum Nebeneinanderarbeiten haben, wenn vor allem das unnütze Spiel mit dem Worte „Kampf" einmal aufhört und in dieser Frage als unturnerisch und unsportlich gelten wird, dann werden sich die Verbände viel schneller und besser näher kommen als bisher. Dann werden sie für das deutsche Volk mehr leisten als mit allen schönen Reden, mit denen manche glauben, die Frage: „Turnen und Sport" im Handumdrehen lösen zu können!

Wenn im schiedlich-friedlichen Nebeneinanderarbeiten die Verbände ihre Hauptaufgabe sehen, wenn sie das Gute im einem auch im anderen gern anerkennen, wenn sie gegen gefährliche Einseitigkeiten einschreiten, dann wird von selbst das Gemeinsame mehr in den Vordergrund treten als das Trennende. Und wenn dann einmal der Unterschied zwischen „Turnen und Sport" nur noch im Namen liegt und nicht mehr in der Sache, dann wird man sich erinnern, daß die Trennung im Jahre 1923 ein operativer Eingriff war, der den Heilungsprozeß günstig beförderte!

Eine sehr wichtige Aufgabe fällt dabei der Tages- und Fachpresse zu. Sie muß vermittelnd wirken, sie muß vor allem das Wort „Kampf" vermeiden, denn es geht nicht um Kampf gegeneinander, sondern um Arbeit nebeneinander, um Arbeit für unsere Jugend, unsere Volksgesundheit, für das Wohl unseres Vaterlandes. Wie winzig klein wird die Frage: Bist Du Turner oder Sportler? gegenüber der: Was tust Du überhaupt in dieser Richtung? Warum bist Du nicht hier oder dort? Um alle die, die diese Frage nicht beantworten können, ja, um die wollen wir „kämpfen", aber nebeneinander!!